

# Ratschlag

Informationsschrift der Fraktion  
Bündnis 90 / Die Grünen im Stadtrat Leipzig

AUSGABE  
**OKT 16**  
No. 76

## TOP THEMEN

Warum das Parken auf Geh- und Radwegen für uns ein dauerhaftes Ärgernis bleibt, aber es wenigstens bei den Großveranstaltungen eine kleine Verbesserung gibt, betrachtet Daniel von der Heide auf **Seite 5**

Warum wir beim European Energy Award des Klimaschutzprogramms weit hinter unseren Zielen zurück bleiben, wie Fakten geschönt werden und es am Willen und Geld fehlt, berichtet Anett Ludwig auf **Seite 11**

Warum das „Tourismuswirtschaftliche Gesamtkonzept“ zum Wassertourismus großen Anlass zu Kritik bietet und wie der Stadtrat dabei über den Tisch gezogen wurde, erläutert Norman Volger auf **Seite 14**



89er-Stein vor der Gedenkstätte Museum in der Runde Ecke (GMRE)

## Unsere Themen

Ein Zentrum für demokratische Bildung	3
Stadtbezirksbeiräte ernst nehmen!	4
Zukunft für Anker und Budde-Haus	6
Fraktion auf Wirtschaftstour	7
Liegenschaftspolitik braucht Konzepte	8
Integrationsprozesse beschleunigen	9
Gedenkreise nach Auschwitz	10
Neues Sportprogramm ist grün	12
Begräbnisorte bieten Vielfalt	13
Neuen Wohnraum braucht die Stadt	15
Felsenkeller bewegt Stadtbezirksbeiräte	16

## Die „Runde Ecke“ – Ort der Friedlichen Revolution 1989!

von Katharina Krefft und Ingo Sasama

Im Sommer kochte mit großer Vehemenz ein Streit hoch, der seit Jahren schwelt. Seit 2009 nutzt die „Runde Ecke“ neben ihrem Museum den ehemaligen Stasikinoaal am Goedelerring für die Sonderausstellung „Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution“. Jetzt drängt das auch dort befindliche Schulmuseum und das entstehende Zentrum für demokratische Bildung auf seinen Anspruch ...

Das Museum in der „Runden Ecke“ ist mit 124.000 Besuchern und Besucherinnen das viertbestbesuchte Museum der Stadt – vergleichbar mit der Besucherzahl im Bildermuseum. Träger und Eigentümer ist das „Bürgerkomitee Leipzig e.V.“, in dem eine Vielzahl von ehemaligen Bürgerrechtlern der DDR aktiv sind und das inzwischen zahlreiche Projekte und geschichtliche Schauplätze betreibt.

Die ehemalige Stasizentrale ist der authentische Ort der Friedlichen Revolution, war er zu DDR-Zeiten doch das Sinnbild der Repression des DDR-Regimes gegen die eigene Bevölkerung. Als es am 9. Oktober 1989 den friedlich Demonstrierenden gelungen war, ohne blutige Niederschlagung dort vorbeigezogen zu sein (die Bilder vom blutigen Ende der Revolution in China drei Wochen vorab hatten alle auf der Straße

im Kopf), brach sich die Friedliche Revolution unaufhaltsam Bahn. In dem vorher stillen Zug mit nur wenigen Sprechchören lagen sich nach dem Passieren der „Runden Ecke“ wildfremde Menschen in den Armen, jubelten oder weinten vor Freude. Der erste Schritt der Revolution war genau dort geschafft!

Auch deswegen und weil sie selbst ebenfalls so authentisch ist, ist die Ausstellung, trotz unübersehbarem Verbesserungsbedarf, sehr erfolgreich und lässt sich auch im ehemaligen Kinosaal nicht so einfach zur Seite räumen.

Das war 2012 Anlass für den Stadtrat, die Nutzung zu verlängern, aber eben auch, den OBM mit der Suche nach einer örtlichen Alternative zu beauftragen. Gleichzeitig verstärkte der Stadtrat den Druck auf den Trägerverein, um Verbesserungen und eine gewisse zeitgemäße Anpassung der Museumspräsentation verlangte (ohne den „miefigen“ DDR-Charakter der Räume zu zerstören). Gelungen ist beides bisher nicht.

Die engagierte neue Leitung des Schulmuseums, vertraglich mit gleichen Nutzungsrechten wie die „Runde Ecke“ ausgestattet, hatte jedenfalls die Faxen dicke und holte eine Ausstellung an Land, die im Kinosaal – und angeblich nur da – gezeigt werden konnte: „Muslime in Deutschland“ – ein gutes und wichtiges Thema, gerade heute! Geplant waren ein Rahmenprogramm und weitere Kooperationspartner. Als sich abzeichnete, dass die Ausstellung der „Runden Ecke“ nicht freiwillig abgebaut wird, der Kinosaal also nicht frei sein würde, lief die SPD-Fraktion allein los und überraschte uns vor der Sommerpause mit zwei Anträgen. Kraft eines Stadtratsbeschlusses sollte Platz geschaffen werden.

Es gab dazu nicht, wie früher beim Thema 1989 üblich, eine Abstimmung mit uns anderen Fraktionen, sondern sofort eine



**Ingo Sasama**  
Fraktionsgeschäftsführer,  
Jahrgang 1960,  
verheiratet,  
3 Kinder, 3 Enkel  
Aufsichtsrat  
Stadtwerke  
Leipzig GmbH  
(SWL) • Aufsichtsrat LeCos



Eingang Runde Ecke 1989

Foto: Gedenkstätte und Museum an der Runden Ecke

öffentliche Diskussion. Im Ergebnis hat sich die SPD nun eine enorme Klatsche abgeholt, die Kooperationspartner der Ausstellung sind verärgert, aber: Es gab eine lebhaftige Debatte.

Eine vorläufige Alternative ist vom OBM inzwischen gefunden: Das Stadtbüro am Markt, welches in seiner Funktion als städtisches Informations- und Beteiligungsbüro größere Räumlichkeiten im Noch-Bürgeramt am Burgplatz erhält, wird frei. Die Lösung ist insofern charmant, als die Ausstellung damit zugänglicher, noch zentraler und wegweisend wird: zwischen Nikolaikirche, „Runde Ecke“ und Zeitgeschichtlichem Forum, wo nächstes Jahr die Dauerausstellung „Demokratie gestalten“ eröffnet wird.

Aus unserer Sicht aber war die Eskalation unnötig und nicht zielführend. Und es war zum Schaden für die Stadt, die mit großem Aufwand und größtem Engagement einer Vielzahl von Akteuren, der Friedlichen Revolution gedenkt.



**Katharina Krefft**  
Fraktionsvorsitzende,  
schul- und sozialpolitische  
Sprecherin,  
Jahrgang 1978,  
Ärztin, verheiratet,  
4 Kinder

Ältestenrat • Verwaltungsausschuss  
Fachausschuss (FA) Jugend, Soziales,  
Gesundheit und Schule • Aufsichtsrat  
Leipziger Versorgungs- und Verkehrs-  
gesellschaft mbH (LVV) • Aufsichtsrat  
Klinikum St. Georg gGmbH

Für uns bleibt auch der Kinosaal authentischer Bestandteil der Erinnerung an die Friedliche Revolution 1989, so wie es die Vielzahl der anderen Formen und Orte der Erinnerung sind. Auch wenn man dabei durchaus ab und an den Eindruck hat, es ginge mehr um die Vermarktung und Eventisierung als tatsächlich um Würdigung und Respekt vor Personen und Orten. ●

## Berichte aus dem Stadtrat

### Umsetzungsbericht zum Lärmaktionsplans zum Ende 2015

Für den vorliegenden Plan hatte die Stadt Leipzig unter breiter Beteiligung Maßnahmen zur Minderung des Lärms erarbeitet. Im Bericht werden Maßnahmen mit Formulierungen wie „weitestgehend umgesetzt“ oder „teilweise umgesetzt“ aufgeweicht, obwohl diese nicht erfüllt sind. Der Fluglärm wird mit den eigentlich gesetzlich definierten Grenzwerten genannt – es wurde aber keine Maßnahme beschlossen, den Fluglärm zu minimieren. Da sich die Bürgerinitiativen hingehalten fühlen, werden die Betroffenen immer deutlicher in ihren Forderungen. Das betrifft z. B. die kurze Südabkurvung, die kurze westliche und östliche Nordabkurvung und die Einführung der Bonusliste. Seit vielen Jahren kämpfen Bürgerinitiativen im Norden und Osten Leipzigs für weniger Schienenlärm. Keine der 2013 vorgeschlagenen Maßnahmen wurde umgesetzt. Viele Leipziger Trassen sind verlärm. Und ein Projekt ist völlig ins Stocken geraten: die Einführung straßenverkehrsrechtlicher Maßnahmen. Außer einer Reduzierung der erlaubten Geschwindigkeit fehlt oftmals noch eine lärmdämpfende Randbepflanzung wie in der Georg-Schumann-Straße.



# Ein Zentrum für demokratische Bildung?

von Katharina Krefft

**I**nzwischen konnten wir es besser beleuchten, dieses Zentrum für demokratische Bildung – ein seit 2011 bestehendes und seit diesem Jahr unter Leitung von Schulmuseum/Werkstatt für Schulgeschichte geführtes Sachgebiet mit der Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention sowie der neugeschaffenen Geschäftsstelle für Jugendbeteiligung.

Nun also wird es mit Leben erfüllt. Und Leben bedeutet Platz. Die große Frage, die sich am Streit um den Kinosaal in ein ganz anderes Licht stellte, ist: Wo kann dieses Zentrum den Platz bekommen, den es braucht? Schon das Schulmuseum hatte im Saalbau zu wenig Platz, doch eine Alternative zu suchen, bspw. eine leer stehende Schule, wurde 2012 vom OBM aufgegeben – leere Schulen wurden wieder als Schulen reaktiviert.

Das Schulmuseum sollte also dauerhaft am Goedelerring verbleiben. Mit der Aufgabenerweiterung als Zentrum für demokratische Bildung ist nun aber wirklich zu wenig Platz, und dem Ansinnen der SPD, sich diesen zu erkämpfen, indem das Bürgerkomitee mit seiner Sonderausstellung und Archivräumen aus dem Saalbau mit Kinosaal verdrängt wird, wurde von uns, mit CDU und FDP, eine klare Absage erteilt. Die „Runde Ecke“ ist der Ort der Repression, hier war die Staatssicherheit der DDR für den Bezirk Leipzig untergebracht, von hier aus organisierte sie ihr perfides Unterdrückungssystem. Und nebenan, im Saalbau, wurde den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dafür etwas geboten: Kino, Kegelbahn, Feste. Sie sollten spüren, dass sie auf der richtigen Seite standen.



Nutzungskonflikt im ehemaligen Stasi-Kinosaal

Tatsächlich ist die Entscheidung, wo das Zentrum für demokratische Bildung seinen Ort zur Entfaltung bekommt, enorm schwierig, wenn nicht einmal klar ist, wohin diese Entwicklung geht. Wir waren erstaunt, dass es nicht nur an einem Stadtratsbeschluss dazu mangelt, sondern auch an einer Konzeption. Lediglich ein Leitbild ist vorhanden. Nun mag das dem Anfang geschuldet sein, warum aber dann schon nach Räumen gesucht wird, ja sogar die offene Konfrontation mit den Bürgerrechtlern, bleibt offen.

Für uns als diejenige Fraktion, die die Entstehung des Jugendparlamentes angestoßen und im Rat immer weiter vorangebracht hat, als langjährig oftmals einzige Unterstützerfraktion des Schulmuseums und als Fraktion, die immer wieder Beteiligung, Demokratie und Transparenz einfordert, ist dieses Vorgehen mehr als befremdlich. Was könnten wir nicht alles mit diesem Zentrum veranstalten, um in die Gesellschaft zu wirken, was wäre nicht alles möglich, und wäre nicht die Vernetzung mit weiteren Partnern wie der Volkshochschule als dem Akteur für städtische Erwachsenenbildung, der Stadtbibliothek mit der Demokratiebibliothek und nicht zuletzt dem Bürgerkomitee und der Stiftung Friedliche Revolution sinnvoll?

Bislang wird das Zentrum nur für Jugendbildung gedacht, es soll Kinder, Jugendliche, Lehrer und Lehrerinnen ansprechen. Schon ein kurzer Blick in die Jugendstudien der Stadt und bundesweit zeigen aber, demokratische Bildung muss viel stärker die Eltern, die Erwachsenen in den Blick

nehmen. Nicht nur ist Pegida eine Bewegung gerade nicht der Jugend, sondern von Erwachsenen, sondern auch jenseits davon sind es Großeltern und Eltern, die ihren Kindern durch tägliche Kommentierung Wertung und Haltung mit auf den Lebensweg geben; sind es Mitarbeitende und Vorgesetzte, Behördenangestellte und Manager, Straßenbahnfahrer und Richterinnen, die die demokratische Verfasstheit, die Toleranz von Minderheit und die Offenheit für Vielfalt lebendig machen oder eben gerade ersticken.

Ein Zentrum für demokratische Bildung muss viel mehr sein als eine Aufarbeitung der politischen Indoktrination von Schule. Es muss sich die Bildung und Stärkung der öffentlichen Meinung gegen Antidemokraten, Vielfaltsgegner und Chauvinisten zur aufklärenden Aufgabe machen. ●

## Berichte aus dem Stadtrat

### Vorschlag zur Pfandflaschensammlung an Abfallbehältern wurde abgelehnt

Das Jugendparlament brachte seinen ersten eigenständigen Antrag zur Abstimmung. Er thematisiert die menschenwürdige Pfandsammlung. Zunächst wollten die Jugendlichen, dass die Stadt an allen öffentlichen Papierkörben sogenannte Pfandringe installiert, in denen leere Pfandflaschen abgestellt und somit von Pfandsammelnden, ohne dass sie den Müll durchwühlen müssen. Nachdem die Verwaltung dies aus einer Vielzahl von Gründen (Kosten, Aufwand, Zweckentfremdung) abgelehnt hat, schlugen die Jugendlichen nunmehr in ihrer Neufassung vor, pragmatische Mittel und Wege zu finden, die diesem berechtigten Ziel entsprechen, und bis Anfang 2017 ein Prüfergebnis vorzulegen. Unsere Fraktion unterstützte diesen Vorschlag.

Die CDU kritisierte den Antrag. Sie nahm in diesem Zusammenhang Anstoß am Begriff „menschenwürdig“ und nutzte die Gelegenheit, die Arbeit und den Nutzen des Jugendparlamentes an sich infrage zu stellen.

So geht man mit dem Engagement junger Menschen nicht um – auch wenn sie einem politisch vielleicht nicht in „den Kram“ passen ...

# Beteiligung der Stadtbezirksbeiräte in kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen

von Dr. Nicole Lakowa

**S**tadtbezirksbeiräte sind die kleinste institutionelle kommunalpolitische Einheit. Sie sollen den direkten Kontakt zwischen der Stadtverwaltung, den Fraktionen und den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern halten. Über diese niedrigschwellige Institution können Anregungen und Bedenken der Bürgerschaft stärker berücksichtigt werden.

In Leipzig gibt es seit 1996 zehn Stadtbezirksbeiräte, die die Interessen für ihren Stadtbezirk vertreten. Jeder Beirat hat neben dem vom OBM bestimmten und aus den Reihen der Stadtverwaltung kommenden Vorsitzenden elf Mitglieder, die jeweils von den im Stadtrat vertretenen Parteien benannt werden. Berücksichtigung finden dabei die Wahlergebnisse der letzten Kommunalwahl in den jeweiligen Stadtbezirken. So ist eine paritätische Verteilung analog der Sitze in der Ratsversammlung gewährleistet.



Stadtbezirksbeirat Mitte beim Auwaldrundgang mit der Abteilung Stadtförster

In der Praxis ergibt sich ein differenziertes Bild, wenn es um die Beteiligung der Stadtbezirksbeiräte in kommunalpolitischen Entscheidungen geht. Aus meiner Erfahrung als Stadtbezirksbeirätin und aus der heutigen Sicht als Stadträtin ist die Beteiligung sehr unterschiedlich, in der Gänze jedoch zu gering.

Im Prinzip steht das Informieren im Vordergrund, die Voten der Stadtbezirksbeirätinnen und -räte werden weder von den Stadtratsfraktionen noch von der Verwaltung sonderlich beachtet. Selbst ablehnende Voten werden häufig lediglich freundlich zur Kenntnis genommen. Zu einer echten Auseinandersetzung führen sie selten, und auf die Entscheidungsfindung wirken sie sich auch kaum aus.

Dies liegt zum einen daran, dass, dies muss ich auch selbstkritisch bemerken, die Verbindung bzw. Kommunikation zwischen den Fraktionen und den Mitgliedern der Stadtbezirksbeiräte nicht die Qualität haben, die notwendig wäre. Und zum anderen sind die Fristen zwischen der Behandlung von Vorlagen / Anträgen im Stadtbezirksbeirat und der Beschlussfassung in der Ratsversammlung häufig zu kurz. Da bleibt dann meist keine Zeit mehr für Korrekturen. Hier muss dringend eine Besserung her.

Ein weiteres Problemfeld ist die Nichtbefassung bestimmter Themen. Genau genommen handelt es sich um eine Nichtanhörung der Stadtbezirksbeiräte durch die Stadtverwaltung. Dies konterkariert den eigentlichen Sinn der Mitbestimmung und führt immer wieder zu Frustrationen bei den Mitgliedern der Stadtbezirksbeiräte. Als jüngstes Beispiel einer solchen Nichtanhörung sei die „Kindertagesstättenplanung der Stadt Leipzig für den Planungszeitraum 01.08.2016 bis 31.07.2017“ genannt. Diese Planung ist für jeden Stadtbezirk in einer wachsenden Stadt wie Leipzig sehr wichtig. Daher ist die Beteiligung der Stadtbezirksbeiräte unabdingbar und hätte frühzeitig geschehen müssen.

Seit 2014 haben die Stadtbezirksbeiräte die Möglichkeit, selbst zu ihnen wichtigen Themen Anträge in die Ratsversammlung einzubringen. Diese werden als „Wichtige Angelegenheit“ bezeichnet. Sie sollen den Stadtbezirksbeiräten eine stärkere Partizipation und Gestaltungsmöglichkeit eröffnen – also eine gute Sache.

Wenn aber ein Stadtbezirksbeirat vier Monate auf einen Verwaltungsstandpunkt zu einer „Wichtigen Angelegenheit“ warten muss, kann dies wieder nur zu Frustration oder gar Resignation führen. Hier muss vonseiten der Stadtverwaltung nachgebessert werden.

Aber auch wir Stadträte und Stadträtinnen sollten mit größerem Augenmerk auf die Belange und Anregungen aus den Stadtbezirksbeiräten eingehen. ●



**Dr. Nicole Lakowa**  
Stadträtin, stellvertretende Fraktionsvorsitzende  
finanzpolitische Sprecherin  
Jahrgang 1973  
verheiratet,  
ein Kind

Dipl. Pflege- und Gesundheitswissenschaftlerin

FA Finanzen • Betriebsausschuss  
Jugend, Soziales, Gesundheit • Rechnungsprüfungsausschuss • Aufsichtsrat Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (KWL) • Aufsichtsrat Leipziger Altenpflegeheime GmbH • Verbandsversammlung Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen

## Berichte aus dem Stadtrat

### Konzept zur Kinder- und Jugendbeteiligung

Es wird nun endlich eine Geschäftsstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung geschaffen. Diese soll einerseits die pädagogische Begleitung des Jugendparlamentes und andererseits die stadtteilbezogene Projektarbeit zur Jugendbeteiligung übernehmen. Diese Arbeit oblag bis Mitte des letzten Jahres dem Stadtjugendring, der jedoch diese Leistungsvereinbarung kündigte, u.a. weil er von der Stadt unzureichend finanziell abgesichert wurde.

Die Verwaltung plant für den Arbeitsbereich lediglich eine Stelle, obwohl der Arbeitsumfang ausgeweitet wird. Die beiden Fraktionen Die Linke und Bündnis 90 / Die Grünen haben daher beantragt, stattdessen 1,5 Stellen zu schaffen, um somit dem avisierten Arbeitsumfang gerecht werden zu können. Zudem ist es Wunsch der Antragsteller, das Konzept lediglich als Entwurf und Diskussionsgrundlage zur Kenntnis zu nehmen und mit den relevanten Akteuren (Jugendparlament, Stadtschülerrat, Jugendhilfeträger) weiterzuentwickeln. Leider wurde der Antrag von CDU und SPD abgelehnt.

# Ärger um das Parken auf Radfahrstreifen und Gehwegen

von Daniel von der Heide

**R**adfahrstreifen sind in Leipzig ein großes Politikum. Für die CDU ein großes Ärgernis, weil sie den motorisierten Individualverkehr und ÖPNV behindern würden, sorgen sie doch recht zuverlässig dafür, dass Radfahrer und Radfahrerinnen nur mit dem gebührenden Abstand überholt werden.

Ohne Radfahr- oder wenigstens Schutzstreifen wird im täglichen Erleben der nach aktueller Rechtsprechung geltende Mindestabstand von 1 m (!) beim Überholen durch die Autofahrer und Autofahrerinnen so gut wie nie eingehalten. Der Schutz durch die Radfahrstreifen ist natürlich hinfällig, wenn sie von Falschparkerinnen und -parkern blockiert sind. Zu allgemeinen Anfragen zu Falschpark-Schwerpunkten wie der Karli bekamen wir nur allgemeine Antworten: Es werde schon viel kontrolliert, das Ordnungsamt unter Bürgermeister Rosenthal (Die Linke) könne nicht überall kontrollieren, Abschleppmaßnahmen sind im Einzelfall abzuwägen usw. usf.

Unsere Fraktion hat nun nachgefragt, wie es mit den Kontrollen im Umfeld von Großveranstaltungen aussieht. Hier sind die Stellen, wo sicherheitsrelevant falsch geparkt wird, meist bekannt, und das erhöhte Verkehrsaufkommen macht es noch wichtiger, dass die Radfahrstreifen dem Radverkehr zur Verfügung stehen und er nicht auf die – noch stärker belegte – Fahrbahn ausweichen muss. Deshalb fragten wir auch, unter welchen Umständen Falschparkende in diesem Zusammenhang abgeschleppt werden.

Die Verwaltung ließ sich in ihrer Antwort allerdings nicht darauf ein, die konkreten Fragen zu Großveranstaltungen konkret zu beantworten, sondern führte allgemein zu Kontrollen und den Abwägungen für Abschleppmaßnahmen aus. Leider konnte man bisher im täglichen Verkehrserleben nicht unbedingt feststellen, dass „die Sicherheit der Fußgänger und Radfahrenden [...] bei Verkehrsüberwachungsmaßnahmen seit jeher Priorität“ genießen würde, wie es die Verwaltung in ihrer Antwort schreibt.

Aber immerhin: Zum ersten Heimspiel von RB waren eine halbe Stunde vor Spielbeginn die Radfahrstreifen in der Marschnerstraße frei. Das sah in der letzten Saison

noch anders aus. Niemals würde die Verwaltung oder die Polizei zugeben, dass dies mit unserer Anfrage zu tun hat, aber wir freuen uns, dass hier offensichtlich ein Umdenken gekommen ist. Wie es sich bei anderen Großveranstaltungen entwickelt, wird zu beobachten sein – zumal damit das Problem der zugeparkten Radfahrstreifen im Alltag noch lange nicht gelöst ist. Dem Vernehmen nach werden nicht nur wir Haushaltsanträge stellen, um den Personalbestand bei der Verkehrsüberwachung weiter aufzustocken.

Eine weitere Anfrage zum Falschparken, diesmal auf Gehwegen, griff die Antwort der Verwaltung auf eine Einwohneranfrage auf. Der Fragesteller hatte die Situation in der Erich-Zeigner-Allee thematisiert, wo trotz sehr breiter Gehwege nur wenig Platz für den Fußverkehr übrig bleibt, weil häufig besonders lange Wohnmobile auf den besonders breiten Gehwegen parken würden. In ihrer Antwort schreibt die Verwaltung, dass die ausreichende Breite des Gehweges vom Einzelfall abhängt, und führt etwas kompliziert aus, dass „auf Basis obergerichtlicher Rechtsprechungen [...] teilweise eine verbleibende Breite von einem Meter, teilweise auch 1,60 Meter nicht als ausreichend erachtet“ wird und dass „in der Praxis eher auf 1,60 Meter abzustellen“ sei.

Kein Wort von einer Gehwegbreite von 2 m, wie sie im Stadtentwicklungsplan (STEP) Verkehr und öffentlicher Raum als Mindestmaß beschlossen wurde. Dass in der Antwort nicht einmal auf diesen Teil des STEP verwiesen wird, lässt befürchten, dass er dem Ordnungsamt entweder nicht

bekannt oder nicht bewusst ist und es noch einiger Anfragen und ähnlicher Initiativen bedarf, damit sich dies ändert. ●



**Daniel von der Heide**

Stadtrat,  
verkehrspolitischer Sprecher,  
Prokurist,  
Jahrgang 1983,  
1 Kind

FA Stadtentwicklung und Bau • Verwaltungsausschuss • Rechnungsprüfungsausschuss • Vergabegremium VOB • Aufsichtsrat LVB • Verbandsrat Zweckverband Naherholungsgebiet Kulkwitzer See

## Berichte aus dem Stadtrat

### Bericht zum Luftreinhalteplan

Wir kritisieren die Verwaltung, weil wir die Konsequenz vermissen, die nötig wäre, um die Leipzigerinnen und Leipziger wirklich vor schlechter, gesundheitsschädlicher Luft zu schützen. Die Debatte um eine Umweltzone vor einigen Jahren war heftig, aber es hat sich gezeigt, dass wir richtig lagen, ihre Einführung zu fordern. Nur so konnte die hohe Konzentration an Feinstaub wenigstens eingedämmt werden. Trotz der daraus resultierenden Reduktion von Feinstaub und Stickoxiden ist die Belastung weiterhin so hoch, dass die Fristverlängerung seitens der EU-Kommission nicht ausreichte, um die Tagesgrenzwerte für Feinstaub (PM 10) einzuhalten. Das Vertragsverletzungsverfahren dauert an. Auch die Konzentration an Stickstoffdioxiden (NO<sub>2</sub>) ist weiterhin zu hoch, sie übersteigt an mehreren Straßenabschnitten Leipzigs den Grenzwert. Überdies ist es uns weiter ein wichtiges Anliegen, die Straßenbegrünung und Baumbepflanzung voranzutreiben. Das durch die Verwaltung selbst gesetzte und vernünftige Ziel von 5000 gepflanzten Bäumen bis 2015 wurde bei Weitem nicht erreicht. Auf der anderen Seite werden diverse Baumfällungen gar nicht erst gegengerechnet, denn sonst würde die Bilanz noch schlechter ausfallen.



Blockierter Radfahrstreifen auf der Karli



# Anker und Budde-Haus – der Norden braucht's

von Annette Körner

**S**oziokultur fördern, Teilhabe ermöglichen, Kreativität anregen und zeigen – dazu gehören Zentren, Mittel und Personal. Kulturentwicklungsplan und Integriertes Stadtteilkonzept würdigen die Arbeit und ihre Weiterentwicklung in unserer wachsenden Stadt.

Allerdings sind auch Umbauten alter Häuser nicht zum Nulltarif zu haben, was beim Stadtteilzentrum Anker jetzt die Kosten auf über 5,804 Mio. € treibt: Seit 2014 wird gebaut und mit 1,487 Mio. € Fördermittel aus dem Bund-Länder-Programm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren gefördert. Unentdeckte Schäden am historischen Saalgebäude führten zu Beginn der Sanierung zu Planungsänderungen, Abrissen und erheblichen Kostenerhöhungen. Alte Risse und fehlende Sicherheit in der Statik und Elektroversorgung kamen ans Licht, sodass jeder froh war, dass in den Jahrzehnten zuvor keine Katastrophen eingetreten sind. Im September wurde nun zu unserer Freude der Bezug des neu hergestellten Gebäudekomplexes für die Soziokultur gefeiert. Mit der Fertigstellung des Saalgebäudes ist dagegen erst Anfang 2018 zu rechnen. Der Freie Träger Stadtteilzentrum Anker e.V. hat es über Jahre geschafft, fraktionsübergreifend Zustimmung für den Standort und sogar die erhöhten Kosten zu erhalten.



Foto: Fraktion

Saniertes soziokulturelles Zentrum Anker e.V.

Wir brauchen solche kulturellen sozialen Zentren in den Stadtteilen. Wir profitieren als ganze Stadtgesellschaft von sozialer Arbeit, von künstlerischen Anregungen, von Betreuung und Hilfen, und deshalb sieht sich die Kommune in ihrer Verantwortung für Häuser und Vereine. Bald beginnen wieder Haushaltsberatungen, und Entscheidungen sind notwendig für die Förderung unserer Vereinslandschaft, die sich für andere engagiert: Freie Träger, Freie Szene, Sport- und Umweltvereine, Initiativen, die auch neu Hinzugekommenen helfen und sie integrieren wollen. Es ergibt Sinn, diese Arbeit zu schätzen und mit einem wachen Blick auf unsere gesamte Stadt das zu fördern, was das Zusammenleben verbessert und in diesem Sinne auch Kindern und Jugendlichen konstruktiv Orientierung gibt und hilft, sich positiv zu entfalten.

So hat die Stadt bisher bewusst auch das Heinrich-Budde-Haus in Gohlis behalten und nun erfolgreich eine neue Hausbetreuung gesucht. Es gibt dort seit vielen Jahren gemeinnützige und anerkannte Kunst-, Kultur- und Stadtteilangebote. Der Garten ist Oase und wird kreativ einbezogen. Natürlich benötigt der neue Betreiberverein mindestens eine Förderung in der Höhe, die bei der Stadt bisher verankert war, zur Potenzialerschließung eher etwas mehr. Auch ein schrittweiser Plan zur weiteren Sanierung ist sinnvoll. Stadtrat und Verwaltung müssen hier Verlässlichkeit nach der Ausschreibung zur Interessenbekundung zeigen.

Auch jährlich 2,5% mehr Fördermittel für die Freie Szene reichen nicht aus angesichts der gestiegenen Bedarfe in der institutionellen Kulturförderung und Zielsetzung zur Projektförderung. Im Nordwesten ist der Anker unverzichtbar. In Gohlis verweisen Bürgerverein und Stadtbezirksbeirat, Bewerberverein und ansässige Engagierte berechtigt auf die Potenziale des liebevoll benannten „Budde-Hauses“.

Wir meinen, dies lohnt sich für unsere wachsende Stadt und ist nachhaltig! Im Oktober laden wir ein, bei einer Kultur-RadTour in den Nordwesten beide Einrichtungen zu besuchen und sie mit zu befördern. ●



**Annette Körner**

Stadträtin,  
kultur- und wirtschaftspolitische Sprecherin,  
Vorsitzende des Kulturausschusses,  
Jahrgang 1962,  
Betriebliche

Umweltschutzbeauftragte, Geschäftsführerin Förderverein des Uiz, 3 Kinder

FA Kultur (Vorsitzende) • Betriebsausschuss Kulturbetriebe • FA Wirtschaft und Arbeit • Betriebsausschuss Stadtreinigung • Aufsichtsrat LWB • Trägerversammlung Sparkasse • Verbandsrat Sparkassenzweckverband

## Berichte aus dem Stadtrat

### Gewalt in Leipziger Bildungseinrichtungen

In einer Befragung von Schülern und Schülerinnen ist zu lesen, dass 12% von ihnen von Mobbing durch andere Kinder und Jugendliche betroffen sind. 6% der befragten Kinder und Jugendlichen geben an, in der Schule körperlicher Gewalt ausgesetzt zu sein. Es stimmt bedenklich, dass vor allem an den befragten Förderschulen diese Probleme überdurchschnittlich häufig benannt werden. So hatte jede bzw. jeder Vierte in den letzten beiden Schuljahren Schwierigkeiten mit körperlicher Gewalt. Weitere 21% leiden unter Mobbing von Mitschülerinnen und Mitschülern. Hier ist es wichtig, präventive Angebote und Projekte bereitzustellen, gezielt einzusetzen und für eine höhere Sensibilisierung zu sorgen.

Bürgermeister Professor Fabian antwortete, dass für Leipzig keine überdurchschnittlich vielen Fälle vorliegen. Er verwies auf die vielfältigen Programme, die in Schulen angeboten werden, sowie auf die Weiterbildungen, in denen Pädagoginnen und Pädagogen für Schulen und Kitas ihre Konfliktlösungskompetenzen erweitern. Im Förderschulbereich werden derzeit gezielt Gespräche mit den Schulen geführt und schulkonkret bei auffälliger Häufung eine Lösung gesucht.

# Unsere Wirtschaftstouren – eine gute Möglichkeit, mit Unternehmen ins Gespräch zu kommen ...

von Alrun Tauché

Um in ein konkretes Gespräch mit den lokalen Unternehmerinnen und Unternehmern zu kommen, machten sich die Fraktionsvorsitzende Katharina Krefft und die wirtschaftspolitische Sprecherin unserer Fraktion, Annette Körner, zu Beginn des Jahres auf den Weg zunächst zu Wirtschaftstouren im Leipziger Norden und Osten.

Katharina Krefft konstatiert, dass die Wirtschaftstouren einen direkten Dialog herstellen zu Unternehmern und Unternehmerinnen, die das Leben bereichern, indem sie Arbeitsplätze in den Quartieren ermöglichen, die identitätsstiftend sind und das Flair der Stadt ausmachen und so unsere Wertschätzung verdienen. Gerade auch die Erwartungen der Unternehmer und Unternehmerinnen an die Politik, an die Wirtschaftsförderung der Stadt, an die Verkehrspolitik und vieles andere ist für uns von großem Interesse. Wir wollen aber auch ihre wirtschaftlichen Konzepte und zukünftigen Pläne kennenlernen, und durch die persönlichen Gespräche werden die damit einhergehenden Rahmenbedingungen sichtbar.

So besuchten wir junge Unternehmerinnen, die den Schritt in die Selbstständigkeit gewagt haben. Dazu gehören das toodlin town, ein Geschäft mit selbstdesignter und -geschneiderter Kindermode, wie auch das interkulturelle Café homeLE im Nordwesten der Stadt. Weiterhin standen Besuche bei mittelständischen Unternehmen und Familienunternehmen wie der Käseerei Lehmann oder Gromke Hörwelten, dem Bioladen schwarzwurzel OHG, der Fahrradwerkstatt Retrovelo und der traditionellen Bäckerei Kleinert, die ihre Rohstoffe aus der Region bezieht, auf dem Programm.



Besichtigung der Fahrradwerkstatt Retrovelo

Foto: Fraktion

Die letzte Tourstation in Leipzig Alt-West an historischem Industriestandort waren die Kranunion GmbH und die Kirow Ardelt GmbH, letzteres Unternehmen ist Weltmarktführer in der Konstruktion von Eisenbahnkränen und Schlackentransportern.

Unser Besuch wurde zugleich zu weiteren Nachfragen bezüglich der Umwelt- und Energiepolitik genutzt, und wir tauschten uns dazu mit den Gastgebenden vor Ort aus. Annette Körner war beeindruckt, wie das Thema Umweltschutz Bestandteil innovativer Forschungen vor Ort z.B. der Kranunion-Gruppe ist. So wird an wasserlöslichen Lacken und der Reduktion von Lärmmissionen beim Betrieb von Eisenbahnkränen hingearbeitet. An diesem Beispiel wird sichtbar, wie die lokalen Unternehmen ihre Verantwortung gegenüber unserer Umwelt wahrnehmen, ihr innovativ gerecht zu werden versuchen und dafür investieren.

Durch die vielfältigen und inspirierenden Gespräche, Führungen und Diskussionen erhielten wir auch einen Einblick darin, wie junge Unternehmerinnen versuchen, den Spagat zwischen Familie und Beruf zu meistern – und was sie sich für bessere Beratungsangebote durch Coachings und Schulungen für ihr spezielles Business wünschen. Wir erfuhren weiterhin, welche städtebaulichen Steuerungsinstrumente gut funktionieren – wie z.B. das Magistralenmanagement des Amtes für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung (ASW), das den potenziellen Unternehmern und Unternehmerinnen an der Georg-Schumann-Straße bei der Standortsuche, mit Förderinstrumenten und bei der Antragstellung zur Seite steht.

Weitere Themen wie die Standort- und Wirtschaftspolitik, aber auch Ordnung und Sicherheit wurden angesprochen und es gab dazu einen regen Austausch mit den Gastgebern und Gastgeberinnen vor Ort.

Wir nehmen die Anregungen aus den geführten Gesprächen in die weiteren Beratungen über eine bessere Wirtschaftspolitik in unserer Stadt mit und werden auch zukünftig solche Gelegenheiten nutzen, um Anregungen und Probleme direkt vor Ort in Erfahrung zu bringen. ●



**Alrun Tauché**

Mitarbeiterin der Fraktion Jahrgang 1967

Aufsichtsrat Zoo • Stadtbezirksbeirat Mitte • Tierschutzbeirat • AG Straßenbenennung

## Berichte aus dem Stadtrat

### Baumschutz oder doch nicht?

2010 wurde die bis dahin geltende Leipziger Baumschutzsatzung dadurch erheblich geschwächt, dass CDU und FDP das Sächsische Naturschutzgesetz novelliert haben. Seit 2010 ist es Grundstückseigentümern möglich, bestimmte Baumarten und junge Bäume ohne Erlaubnis zu fällen. Insbesondere Sträucher und Hecken, Obstbäume, Nadelbäume, Birken, Pappeln und Weiden können, sofern sie nicht schon einen Stammumfang von 1 m haben, umstandslos gefällt werden – ungeachtet ihrer Bedeutung als Lebensraum für die Fauna und ungeachtet ihres Beitrags für die biologische Vielfalt. Seitdem sind in Leipzig viele Bäume gefallen. Wir fragen den OBM nach seinen Möglichkeiten, diese Tendenz zunehmender privater Baumfällungen zu beurteilen. Denn uns schmerzt dieses sorglose, umweltfeindliche Treiben von Bauherren und Gartenbesitzerinnen, dem Bäume zum Opfer fallen.

Aus der Antwort der Verwaltung haben wir erfahren, dass der Verwaltungsaufwand eher höher geworden ist, obwohl weniger Fällgenehmigungen bearbeitet werden müssen. Denn mit der Neuregelung ist der Schwierigkeitsgrad der Bearbeitung gestiegen. Um die laufenden Anfragen von Einwohnerinnen und Bauherren zu beantworten und sie diesbezüglich zu beraten, fällt in der Verwaltung ein immenser Mehraufwand an. 2009 wurden noch 4856 Fällungen auf Antrag genehmigt, zugleich wurden 8961 Ersatzpflanzungen beauftragt. 2015 wurden 1404 Genehmigungen erteilt, 3934 Ersatzpflanzungen wurden veranlasst.

# Das Liegenschaftsamt foul! Wo bleibt die Rote Karte?

von Tim Elschner

**Wenn ein Fußballspieler im Abseits steht, pfeift ein aufmerksamer Schiedsrichter! Wenn ein Fußballspieler böse foul, zeigt der Schiedsrichter für gewöhnlich die Rote Karte! Das Liegenschaftsamt foul und steht im Abseits! Der OBM muss eingreifen und die Liegenschaftspolitik endlich zur Chefsache machen!**

Was ist passiert? Mitten in den Sommerferien wurden seitens des Liegenschaftsamtes in die Liste aktueller Immobilienangebote der Stadt Leipzig fünf Grundstücke aufgenommen, die mittels „Konzeptvergabe“ veräußert werden sollen. Die Freude darüber währte nur kurz, denn bei genauerem Hinsehen erweist sich diese Konzeptveräußerung als Etikettenschwindel. Beim Konzeptverfahren entscheiden normalerweise als Kriterien neben dem Kaufpreis die Qualität des kooperativen Nutzungskonzepts und die kreative Idee. Unser Verdacht: Mit Durchführung dieser Veräußerung mit der restriktiven Ausschreibung soll vom Liegenschaftsamt ein Präzedenzfall geschaffen werden, der auch weitere Verfahren bestimmen könnte.

Während das Baudezernat unterdessen die Beratungs- und Projektplattform „Netzwerk Leipziger Freiheit“ auf Grundlage des wohnungspolitischen Konzeptes gestartet hat, um kooperative Wohnformen zu stärken, ignoriert und verkennt das Liegenschaftsamt, dass diese eine Bereicherung für unsere Stadt sind: Sie schaffen dauerhaft bezahlbaren Wohnraum und können mehrere Generationen verbinden. Die gemeinschaftliche und nicht an einer Ren-

dite orientierte Bau- und Wohnkultur kann außerdem sozialer Anker in den Quartieren sein und Arbeit sowie Wohnen zusammenbringen. Diese Projekte haben es jedoch mittlerweile schwer auf dem Leipziger Immobilienmarkt: Die Grundstückspreise steigen rasant und die Gruppenprozesse erfordern Zeit. Diese Baugruppen benötigen außerdem Beratung. Routinierte Bauträger und Investoren sind dagegen schneller und haben auch mehr Kapital.



Die geplanten Veräußerungen durch das Liegenschaftsamt nehmen also weder Rücksicht auf die Umstände noch auf die Gegebenheiten. Zudem handelt es sich bei diesen um konditionierte Höchstpreisverfahren. Sie entsprechen nicht den Anforderungen des wohnungspolitischen Konzeptes, in dem es um eine weitgehende Teilorientierung, um kostengünstigen Wohnraum und selbstorganisierte Verantwortungsübernahme geht! Auch die nicht nachvollziehbare Auswahl der Grundstücke sowie die knappen Fristen behindern das wohnungspolitische Modellprojekt. Eine Vergabe nach Erbbaurecht wird in der Testphase gänzlich außer Betracht gelassen. Kooperative Wohnformen, die in Form von gemeinschaftlichem oder genossenschaftlichem Eigentum organisiert sind, werden zudem weder explizit noch bevorzugt berücksichtigt.

So verstößt das Liegenschaftsamt mit dem schweren Foul gegen die vom Stadtrat im Jahr 2015 gefassten Beschlüsse zum wohnungspolitischen Konzept der Stadt Leipzig und zur Aktualisierung der strategischen Liegenschaftspolitik. Auch die vom Stadtrat beschlossene Betroffenen- und Interessenbeteiligung an der Erarbeitung von Sozialkriterien für die Vorbereitung von konzeptionellen Ausschreibungsverfahren für die Vergabe von städtischen Liegenschaften

und Grundstücken hat nicht stattgefunden. Und als ob all das für sich allein nicht schon ärgerlich genug wäre, wird seitens des Liegenschaftsamtes auch noch vorgetragen, es gebe keine Beispiele von (erfolgreichen) Konzeptvergaben, auf die zurückgegriffen werden könnte. Dabei könnte man von Beispielen aus Hamburg, Berlin, München, Stuttgart, Frankfurt, Dresden oder Tübingen lernen! Doch will das Liegenschaftsamt überhaupt dazulernen?

Jedenfalls hat unsere Fraktion gemeinsam mit Der Linken und der SPD den sofortigen Stopp der vermeintlichen Konzeptveräußerungen und die Aufhebung der Ausschreibungen beantragt und die Umsetzung der Ratsbeschlüsse gefordert. Weil die Stadt Leipzig sich mit dem wohnungspolitischen Konzept verpflichtet hat, kooperative Wohnformen zu stärken, indem diese auch durch die Vergabe städtischer Liegenschaften im Konzeptverfahren unterstützt werden, erwartet unsere Stadtratsfraktion vom OBM, dass er dem Liegenschaftsamt hierfür die Rote Karte zeigt! ●

## Berichte aus dem Stadtrat

### Verkehrskonzept für Großveranstaltungen

Da in der Vergangenheit das Verkehrschaos bei Veranstaltungen in der Arena und im Stadion das Waldstraßen- und Bachviertel belastet hat, drängten wir auf ein regelndes Verkehrskonzept.

Bürgermeisterin Dubrau führte aus, dass umfangreiche Vorabgespräche mit den Veranstaltern zur Sicherheit und zum Verkehrsaufkommen laufen. Vorrangig sind die Verkehrsvermeidung und der Ausbau eines leistungsfähigen ÖPNV. Falschparkende sollen verwarnt werden. Es wird u.a. auf den Ausbau von Park-and-ride-Plätzen am Stadtrand gesetzt. Eine Bewohnerschutzzone soll regelmäßig eingerichtet werden. Im September wurde das neue System erstmals erfolgreich angewandt.

OBM Jung bestätigte auf Nachfrage seine in der LVZ geäußerten Pläne zum Bau eines Parkhauses mit 1500 Plätzen am Cottaplatz, er sieht diesen Bau als nachhaltiges Projekt, das den Anforderungen bei UEFA-Spielen entspricht.



**Tim Elschner**  
Stadtrat,  
Stadtentwicklungs- und verwal-  
tungspolitischer  
Sprecher sowie  
Sprecher für  
Bürgerbeteiligung  
und Transparenz,

Jahrgang 1968, Jurist

FA Stadtentwicklung und Bau •  
FA Allgemeine Verwaltung •  
Grundstücksverkehrsausschuss •  
Umlegungsausschuss • Gestaltungs-  
forum • Ehrenrat



# Über die Langsamkeit der Leipziger Stadtverwaltung

von Dr. Gesine Märtens

**I**m Jahr 2012 wurde in Leipzig das erste Gesamtkonzept zur Integration der Migrantinnen und Migranten in Leipzig beschlossen. Im Vergleich zu anderen Städten in der Bundesrepublik kam dieses Konzept mehr als spät.

Es werden dieser Tage Kinder geboren, deren Eltern sich noch gar nicht kannten, als die grüne Fraktion einen Antrag initiierte, um die Vereine der Stadt in ihrer Integrationsarbeit zu unterstützen. Wir forderten im November 2015:

„Die Stadt Leipzig bildet unter Verwendung der zusätzlich bereitgestellten Mittel für die Betreuung und Begleitung von Flüchtlingen in Hilfs- und Unterstützungseinrichtungen freier Träger der Stadt einen zusätzlichen Fonds in Höhe von 50.000 Euro für das Sprach- und Kulturmittlerprogramm SPRINT.“



Die Schnecke an der Rathauspforte als Symbol für die träge Verwaltung

Foto: Fraktion

Die Forderung war also ganz einfach: Nehmt ein Fünftel von schon bereitgestellten Geldern und gebt sie den Vereinen, die Migranten, Migrantinnen und Geflüchteten helfen, damit diese von diesem Geld die Sprachmittler und -mittlerinnen des Leipziger Sprachmittlerdienstes bezahlen können. Ganze 50.000 € für die besonders sensiblen Bereiche des Opferschutzes und der Konfliktberatung.

Fünf Monate später, legt die Verwaltung ihren Standpunkt zum Antrag vor: ... die Mittel seien ja nun leider schon weg, und der Haushalt so angespannt, da könne man doch nun nicht ... – ... ach und überhaupt, man müsse nun prüfen, ob das SPRINT-Projekt, das (Zitat) „zunächst als

Dienstleistung für die Stadtverwaltung konzipiert war, mit dem Doppelhaushalt 2017/18 für freie Träger geöffnet werden soll.“

Diese Antwort war nicht nur unbefriedigend, sondern schlichtweg falsch. 2006 startete in Leipzig das Projekt „GeKomm – Gesundheit braucht Kommunikation“. In einer von der Stadt selbst veröffentlichten Workshopdokumentation hieß es 2011: „[N]achdem das Projekt ursprünglich auf Flüchtlinge und den Gesundheitsbereich beschränkt war, konnte das Angebot durch die Förderung des Sozialamtes der Stadt Leipzig mit Beginn des Jahres 2009 auf alle Migrantengruppen und die Beratung, Behandlung und Betreuung im medizinischen, psychosozialen und sozialen Bereich ausgeweitet werden.“

GeKomm und SPRINT (als Nachfolgeprogramm) wurden nicht für die Stadtverwaltung „konzipiert“, sondern erarbeitet und aufgebaut mit EIF-Mitteln der Europäischen Union von der Universität Leipzig, verschiedenen Freien Trägern und der Stadt Leipzig unter der Führung der wirklich unermüdlichen und engagierten Mitarbeiterin des Referates Migration und Integration Ulrike Bran. „Gespräche mit vielen Einrichtungen und Fachabteilungen in Leipzig“, so heißt es dort weiter, „haben gezeigt, dass sie ebenfalls gerne die Dienstleistung der Sprach- und Kulturmittler kennenlernen und nutzen möchten.“ Dieses Programm wurde nicht für die Stadtverwaltung konzipiert, sondern ihr buchstäblich hinterhergetragen!

Die Verwaltung meinte, sie müsse prüfen: inwieweit der Pool für Freie Träger „geöffnet“ werden soll. Auch hier unterlag die Verwaltung einem Irrtum. Bis 2013 konnten die Freien Träger auf die Leistungen von SPRINT zurückgreifen. Ab 2014 mussten sie für die Kosten der Dienstleistungen selbst bezahlen, zuerst nur 25 € für den Sprachmittlereinsatz, ab Mitte 2014 noch 15 € zusätzlich als Vermittlungsgebühr je Einsatz.

Hier wurden ganz offensichtlich und mutwillig Abläufe und Tatsachen verdreht. Gut, dachten wir, wenn die Stadt nun einen Sprach- und Kulturmittlerdienst ganz für sich allein haben will, soll sie ihn doch haben. Die Gesellschaft wird Alternativen entwickeln.



**Dr. phil. Gesine Märtens**

Stadträtin, stellvertretende Fraktionsvorsitzende gleichstellungspolitische Sprecherin, Jahrgang 1971  
Therapeutin,

Sozial- und Kulturwissenschaftlerin, Partnerschaft, zwei Töchter

FA Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule • FA Kultur • Betriebsausschuss Kulturstätten • Gleichstellungsbeirat Aufsichtsrat LEVG • Aufsichtsrat LEVG & Co.KG

Wir machten uns gemeinsam mit den anderen Fraktionen im Mai erneut auf den Weg. Die Neufassung des Antrages sieht vor, dass die Einrichtungen das Geld nun im Rahmen eines Sachmittelbudgets erhalten, damit sie die Leistungen bei Dolmetscherinnen und Dolmetschern, aber auch jenseits des Dolmetscherdienstes einkaufen können. Inzwischen hat sogar das Land Sachsen sich der Misere angenommen und stellt umfangreiche Mittel zur Unterstützung der kommunalen Dolmetscherdienste zur Verfügung.

Doch die Leipziger Stadtverwaltung konnte sich in Bezug auf diesen Antrag zu keinem positiven Standpunkt durchringen. Er wurde dennoch mit deutlicher Mehrheit im Rat beschlossen. Nun warten wir wieder ab, ob die Stadt dem Auftrag nachkommt und wenn ja, wie lange sie dieses Mal mit einer Lösung schwanger geht. ●

## Berichte aus dem Stadtrat

### Wahl der Beigeordneten für das Dezernat Kultur

Frau Dr. Skadi Jennicke, bislang kulturpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, wurde zur Bürgermeisterin für Kultur gewählt. Die Dozentin an der Hochschule für Musik und Theater im Bereich Dramaturgie hat sich bisher mit großer Sachkenntnis in der Kulturlandschaft Leipzigs profiliert. Wir gratulieren ihr herzlich.

# Gedenkreise nach Auschwitz mit einer Delegation des Zentralrats deutscher Sinti und Roma – ein Erlebnisbericht

von Petra Čagalj Sejdi

**D**er 2. August ist ein trauriger Tag in der Geschichte der Roma und Sinti Europas. An diesem Tag wurde 1944 das „Zigeunerlager“ in Auschwitz aufgelöst, die noch arbeitsfähigen Menschen wurden in andere Lager weiter verschleppt. Alle Verbliebenen wurden in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 ermordet. Es waren 2897 Männer, Frauen und Kinder.

Durch einen Erlass Himmlers wurde 1943 das „Zigeunerlager Auschwitz“ errichtet. In den darauffolgenden zweieinhalb Jahren wurden insgesamt 20.943 Roma und Sinti dorthin deportiert. Mehr als die Hälfte der Häftlinge starb an Mangelernährung, Krankheiten, an den Folgen medizinischer Experimente oder wurde erschossen und vergast. Dort wurden 371 Kinder geboren, von denen keines überlebte.

Nach Schätzungen wurden in Deutschland und im nationalsozialistisch besetzten Europa 500.000 Roma und Sinti ermordet.



Kranzniederlegung am 2. August

Seit mehreren Jahren treffen sich Sinti und Roma aus ganz Europa am 2. August als dem Gedenktag an den Genozid an den Roma und Sinti in Auschwitz. Aus Polen, Ungarn, Österreich, Frankreich und Deutschland reisten auch in diesem Jahr wieder Überlebende und deren Angehörige an und gedachten gemeinsam mit Regierungsvertretern den Opfern. Erstmals waren in diesem Jahr auch Vertreter des sächsischen Romavereins Romano Sumnal e.V. zu dieser Reise eingeladen – was es mir als Mitglied von Romano Sumnal e.V. zum ersten Mal ermöglichte, Roma und Sinti zu treffen, die die Hölle Auschwitz überleben konnten.

Unsere Reise dauerte fünf Tage. Den Höhepunkt bildete die offizielle Gedenkveran-

staltung an den Baracken des ehemaligen „Zigeunerlagers“ in Auschwitz Birkenau. Sinti- und Romavertreter sprachen und appellierten an die heutige Gesellschaft, aus den alten Vergehen zu lernen. Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats der deutschen Sinti und Roma, sagte in seiner Rede: „Heute müssen wir miterleben, wie nationalistische und populistische Bewegungen die Spaltung Europas immer weiter vorantreiben. Für uns Sinti und Roma bergen diese sich verschärfenden gesellschaftlichen Konflikte eine große Gefahr. Denn antidemokratische Strömungen brauchen Feindbilder, um die Ängste von Menschen für ihre politischen Zwecke auszubuten. Dabei fällt Minderheiten stets die Rolle des Sündenbocks zu.“

350 jugendliche Roma und Sinti aus ganz Europa trafen sich dort im Rahmen einer Jugendbegegnung des europäischen Roma-Jugend-Netzwerkes TERNYPE unter dem Motto „Dik he na bister – Look and don't forget“. Ein besonderer Höhepunkt waren die Begegnungen mit Zeitzeugen, wie z. B. dem Auschwitzüberlebenden Peter Höllenreiner, der nach mehr als 70 Jahren zum ersten Mal wieder an diesen schrecklichen Ort zurückkam und den jungen Roma und Nichtroma vor allem eines mitgeben wollte: „Egal, woher ein Mensch kommt und wer er ist, man muss allen Menschen gleich gegenüber treten und darf niemanden dafür unterdrücken, dass er anders ist als man selbst“. Höllenreiner, der im Alter von drei bis sechs Jahren im KZ leben musste und gemeinsam mit seinen Geschwistern zu den Kindern gehörte, die vom Lagerarzt Mengele zu grausamen medizinischen Versuchen missbraucht wurden, erzählte aber vor allem eines: Die Zeit in Auschwitz sei schlimm gewesen, noch viel stärker habe ihn aber die Diskriminierung und Unterdrückung traumatisiert, die er während seiner Kindheit und Jugend nach dem Krieg in München erleben musste. Diese seien bis heute existent, und Höllenreiner mahnte die Anwesenden, stark zu sein und ihre Zugehörigkeit und Kultur nicht zu verstecken.

Leider konnten die jungen Mitglieder des eingeladenen sächsischen Romavereins Romano Sumnal e.V. nicht an der Jugend-



**Petra Čagalj Sejdi**  
Stadträtin,  
migrationspolitische Sprecherin,  
Jahrgang 1978,  
Germanistik,  
Südosteuropawissenschaft,  
Kommunikations- und Medienwissenschaft M.A.,  
verheiratet, 2 Kinder

Jugendhilfeausschuss • FA Sport •  
Migrantenbeirat • Aufsichtsrat  
Leipziger Gewerbehofgesellschaft mbH  
& CoKG • Aufsichtsrat Leipziger  
Gewerbehof Service GmbH •  
Aufsichtsrat Saatucht Plaußig GmbH •  
Verbandsrat Sparkassenzweckverband

begegnungsfahrt teilnehmen. Drei von ihnen leben mit einer Duldung in Deutschland, ihnen wurde die Ausreise nach Polen nicht gestattet. Trotz wochenlanger Bemühungen konnte die Leipziger Ausländerbehörde nicht umgestimmt werden: Was jungen Roma in anderen deutschen Städten ermöglicht wurde, blieb in Leipzig unmöglich. Nach Aussage der Ausländerbehörde wäre eine Auslandsreise im Rahmen einer Klassenfahrt nach Auschwitz möglich gewesen, eine Reise nach Auschwitz für Angehörige einer Opfer-Gruppe zum Gedenken an ihre Opfer im Nationalsozialismus blieb unmöglich. Diese Ablehnung machte die Jugendlichen so betroffen, dass alle beschlossen sich solidarisch zu erklären und in Leipzig zu bleiben. Dieses Ereignis hat einmal mehr gezeigt, wie viel Aufarbeitung in Deutschland noch fehlt und dass der Genozid an den Roma und Sinti noch lange nicht in allen Köpfen präsent ist.

Unsere Gedenkreise endete mit einer festlichen Bootsfahrt auf der Weichsel, bei der es an Musik, Tanz und guter Laune nicht fehlte. Auf die Frage einer Mitreisenden, warum wir nach solch traurigen Erlebnissen und Erinnerungen mit einem Fest abschließen würden, antwortete Herr Rose, Vorsitzender des Zentralrats: „Wir feiern am Ende dieser Woche jedes Jahr, dass wir überlebt haben und weiter überleben werden!“ ●



# Es ist nicht alles Gold was glänzt oder: Leipzig ohne European Energy Award in Gold

von Anett Ludwig

Mit Ratsbeschluss im Jahr 2014 hat die Stadt Leipzig ihr Energie- und Klimaschutzprogramm (EKSP) für den Zeitraum 2014 bis 2020 fortgeschrieben. Als eine zentrale Maßnahme im EKSP wurde die Erreichung des European Energy Awards (EEA) in Gold bis 2015 angestrebt, auf 2016 verschoben und: dennoch nicht erreicht.



Braunkohlekraftwerk Lippendorf

Foto: Fraktion

Seit 2011 beteiligt sich die Stadt Leipzig am EEA – der europäischen Klimaschutz- und Energieeffizienzpolitik in Kommunen. Zuletzt wurde Leipzig im Jahr 2014 mit dem EEA Award in Silber ausgezeichnet – Zeit, eine Zwischenbilanz zu ziehen.

Die Umsetzungsliste für die 105 städtischen Maßnahmen machen deutlich, dass vieles bis heute nicht angepackt und umgesetzt wurde. Gleichzeitig hinkt die Datengrundlage hinterher. Erst vier Jahre später liegt nun die „aktuelle“ Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanz von 2012 vor. Darüber hinaus sind die Maßnahmen des EKSP für 2014 und 2015 nur unzureichend umgesetzt. Das ist ein mehr als nur halbherziges Engagement in Sachen Energieeffizienz und Klimaschutz, finden wir.

Die Stadt Leipzig führt den Beschluss ad absurdum, wenn sie nach derzeitigem Umsetzungsstand auch 2016 nicht die erforderliche Punktzahl für den EEA in Gold erreicht. Sowohl zum Umsetzungsstand des EEA als auch zum EKSP mahnten und forderten wir als Stadtratsfraktion immer wieder in den letzten Jahren in Form von Anfragen oder Anträgen: STEP Ver-

kehr und öffentlicher Raum, Besetzung der Klimaschutzmanager/-in, Umsetzungsstand des EKSP, Gründachstrategie, Straßenbäume, Lärm- und Luftreinhaltung, Schutz des Auenwaldes, Halbe-Halbe-Projekt, Radfahr- und ÖPNV-Politik.

De facto fehlt es für viele Maßnahmen laut dem Umsetzungsbericht am Willen und am Geld, um den EEA in Gold 2016 zu erreichen. Gleichzeitig hat Leipzig vor allem in Anstrengungen, in denen die Stadt und ihre Verwaltung Vorreiter sein könnten, versagt.

So war die Stelle des EEA-Managers oder der EEA-Managerin lange unbesetzt und zeitlich befristet ausgeschrieben, lange Zeit wurde auch kein Klimaschutzmanager oder -managerin eingestellt, im Handlungsfeld „Kommunale Einrichtungen“ ist der Anteil der erneuerbaren Energien zwischen 2011 und 2012 um 5 GWh gesunken. Im Jahr 2016 und nur vier Jahre vor Zielerreichung werden immer noch 2/3 mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Einwohner produziert (6,7 t CO<sub>2</sub>), als das Ziel für 2020 vorgibt (4,47 t CO<sub>2</sub>). Daran haben der motorisierte Individualverkehr und die Braunkohle als klimaschädlichster Energieträger den Hauptanteil. Die Maßnahme „Nutzerinformation und Weiterbildung in Schulen und Kitas zur Energieeinsparung“ ist mit 0 Punkten bewertet worden ebenso wie die „Solaroptimierung von Gebäuden“, der „Runde Tisch zum Fußverkehr“ und die „Beeinflussung des Verbraucherverhaltens der Nutzer städtischer Einrichtungen“.

Die Auswertung zeigt auch, dass viele nur teilweise umgesetzte Maßnahmen einfach mit „Daueraufgabe“ deklariert sind wie bspw. autoarmes Wohnen – ein Thema seit vielen Jahren in Leipzig – oder die Durchführung von Radfahrkampagnen.

Die nichtrealisierten Maßnahmen und die Probleme mit dem EEA zeigen, dass die Stadt das EKSP mehr als halbherzig umsetzt. Es braucht verbindliche Ziele, ein Steuerungsprogramm in der Verwaltung und einen OBM, der das Thema Energieeffizienz und Klimaschutz zur Chefsache erklärt. In der Tat: Es ist nicht alles Gold, was glänzt! ●



**Anett Ludwig**

Stadträtin,  
umweltpolitische  
Sprecherin,  
Jahrgang 1986

FA Umwelt  
und Ordnung •  
FA Finanzen •  
Aufsichtsrat

Stadtwerte Leipzig GmbH (SWL) •  
Aufsichtsrat Beratungsgesellschaft  
für Beteiligungsverwaltung Leipzig  
mbH (bbvl) • Verbandsversammlung  
Regionaler Planungsverband West-  
sachsen

## Berichte aus dem Stadtrat

### Georg-Schwarz-Straße wird aufgewertet

Die Georg-Schwarz-Straße im Westen ist eine wichtige Achse im Hauptstraßennetz. Hier befinden sich wichtige öffentliche Einrichtungen wie mehrere Schulen und das Diakonissenkrankenhaus. Der Zustand der Straße wird mit dem Baubeschluss für den Bereich zwischen Philipp-Reis-Straße und Hans-Driesch-Straße endlich verbessert. Die Bürgerinnen und Bürgern wurden an der Vorplanung beteiligt und die Eckpunkte sind vorgegeben:

- Beschleunigung des ÖPNV und sichere und behindertengerechte Abwicklung der Fahrgastwechsel,
- klare Strukturierung des Straßenraums unter Gewährleistung der Sichtbeziehungen,
- endgültige Herstellung von Radverkehrsanlagen und Stellplätzen sowie
- stadtgestalterische Aufwertung des Straßenraumes.

Die CDU erkannte in den Planungen allerdings zu wenige Parkplätze und leugnet die Notwendigkeit einer zukunftsorientierten Verkehrsplanung, sie ignorierte den Beteiligungsprozess und dessen Ergebnisse komplett.

# Neues Sportprogramm mit grünem Anstrich!

von Michael Schmidt

**N**achdem das bisherige Sportprogramm 2015 ausgelaufen ist und evaluiert wurde, stand nun die Fortschreibung an. Das neue Programm soll eine Laufzeit bis 2024 haben und die Herausforderung der Stadt Leipzig im Bereich der Sportstätteninfrastruktur und des Sports sowie Strategien zur Zielerreichung aufzeigen.



Lipsiade 2016, Staffellauf der Grundschulen

Der Schwerpunkt der zukünftigen Sportförderung der Stadt soll auf den Themen Integration und Inklusion im Sinne selbstbestimmter, gleichberechtigter Teilhabe liegen. Bereits mit dem Beschluss unseres Antrages zur Integration durch Sport hat sich der Stadtrat klar für eine Ausweitung und bessere Koordination diesbezüglicher Aktivitäten ausgesprochen.

Ich begrüße das Sportprogramm und die darin formulierten Zielstellungen sehr. So findet sich darin das von uns beantragte Bekenntnis zur städtischen Unterstützung zum Bau neuer Schwimmflächen. Wie bei vielen Programmen kritisieren wir jedoch die mangelnde Konsequenz, wenn es um die Umsetzungsstrategien geht. Bereits heute ist klar, dass unsere Bädergesellschaft den Schwimmhallenbau nur voranbringen kann, wenn die Stadt passende Grundstücke zur Verfügung stellt und der Betreiberzuschuss über den Bäderleistungsfinanzierungsvertrag durch die Stadt erhöht wird. Ebenso ist bekannt, dass der größte Bedarf im Leipziger Süden besteht und durch das prognostizierte Bevölkerungswachstum bis 2024 die zweite der beiden Schwimmhallen fertiggestellt sein muss. Dennoch werden nur zur ersten Schwimmhalle im Leipziger Osten klare Unterstützungsaussagen getroffen. Meine Fraktion drängt deshalb auf den Bau einer weiteren Schwimmhalle im Leipziger Süden.

Weitere begrüßenswerte Bausteine sind die Sporthalle im Leipziger Westen und der neu zu bauenden Skatepark, den ich als gutes und richtiges Zeichen an die Jugend und Trendsportarten sehe. Bedenkt man, wie lange meine Fraktion vor Jahren um die kleine Skateanlage am Anker gekämpft hat, ist es erfreulich zu sehen, dass mittlerweile ein Umdenken in der Verwaltung stattgefunden hat. Leider fehlt auch im neuen Sportprogramm bei den öffentlichen Bolzplätzen und Spielfeldern nach wie vor der große Wurf. Aus meiner Sicht bräuchte man neben der Pflege und dem Erhalt bestehender Plätze einen Ausbau der Angebote. Wir unterstützen daher die Initiative des Jugendparlamentes, in jedem Stadtteil entsprechende Plätze vorzuhalten.

Sehr schön ist auch, dass die Verwaltung die damals bündnisgrüne Initiative der fairen Beschaffung als Arbeitsauftrag verinnerlicht hat und bei der Investförderung für Kleinsportgeräte diesem Fair-Trade-Gedanken einen zentralen Platz einräumt.

Neben dem Änderungsantrag zum Schwimmhallenneubau haben wir Grünen jedoch auch noch zwei weitere Änderungsvorschläge für das Sportprogramm unterbreitet:

Einerseits soll der Lückenschluss des Elster-Saale-Radweges erfolgen, nachdem sämtliche Umlandgemeinden ihre Abschnitte zu einem hochwertigen Radweg ausgebaut haben. Die Stadt Leipzig hatte

sich bislang komplett zurückgehalten und wollte den Radweg im bestehenden Straßennetz durch Grünau bis zum Lindener Hafen führen. Unser Vorschlag ist, nach unserer damaligen Initiative des Ankaufs des ehemaligen Bahndammes nun auch den Radweg entlang dieser Linie zu bauen und über den Plagwitzer Bahnhof hin zum Karl-Heine-Kanal zu führen.

Der andere Streitpunkt war die Investitionsförderung für die Vereine mit Sportpachtanlagen. Nachdem der Sportausschuss in den vergangenen Jahren aufgrund eigener Initiative das Budget sukzessive auf 800 T € hochschrauben konnte, gelang es nun in einer fraktionsübergreifenden Zusammenarbeit, das Budget für die kommenden Jahre auf 1,5 Mio. € p.a. fast zu verdoppeln. Bislang musste man auf jeden investierten Euro eine Abschreibung von 2 € verkraften. Durch die erreichte Budgeterhöhung wird die Spirale des Substanzverzehr endlich abgebremst.

So wurden vom Stadtrat das Sportprogramm 2016 – 24 und die damit einhergehenden Ziele als Handlungsgrundlage für die nächsten neun Jahre erfolgreich beschlossen. ●

## Berichte aus dem Stadtrat

### Restaurierung des Rathausturmes

Bereits 2000, 2010 und 2011 hatte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen es gefordert, und nunmehr wurde das Thema auch von einer Petition aufgegriffen: Fassade und Turmuhr des Alten Rathauses sollen saniert werden. Denn trotz Planungsbeschlusses des Stadtrates 2013 wurde das Vorhaben nicht realisiert. Deswegen wies die Petition neuerlich auf den bemitleidenswerten Zustand des Leipziger Wahrzeichens hin und verlangte Abhilfe. Der Petitionsausschuss ließ sich nicht von der zurückhaltenden Meinung der Verwaltung beeindrucken und setzte im Stadtrat einen großen Wurf durch: einen Haushaltsvorgriff für den nächsten Doppelhaushalt 2017/18, womit sowohl Fassade und Turmuhr als auch die Innenräume vom Brandschutz bis zur Elektrik saniert werden.



**Michael Schmidt**

Stadtrat, jugend-, familien- und sportpolitischer Sprecher, Vorsitzender des Petitionsausschusses, Jahrgang 1977

Kommunikations-/Medienwissenschaftler und Politologe, Lebensgemeinschaft, 2 Kinder

Petitionsausschuss (Vorsitzender) • Jugendhilfeausschuss • (inkl. Unterausschuss Finanzen) • FA Sport • Kinder- und Familienbeirat • Aufsichtsrat LVB • Aufsichtsrat Sportbäder Leipzig GmbH (SBL) • Jugendbeirat



# Für alle den richtige Ruheort schaffen

von Dr. Judith Künstler

**D**urch meine Arbeit – allgemein als Hausärztin wie auch im Speziellen als Palliativmedizinerin – werde ich immer wieder mit der Frage konfrontiert, wie sich (unterschiedliche) Menschen (in verschiedener Weise) damit auseinandersetzen, einen stimmigen Ort des Begräbnisses sowie einen guten Ort des Gedenkens schaffen zu können.

Die Wünsche und Vorstellungen, wie man begraben werden möchte und wie die letzte Ruhestätte aussehen soll, sind so vielfältig, wie die Menschen ihr Leben gelebt haben. So ist es für bestimmte Personen ein entscheidender Wunsch, in unmittelbarer Umgebung ihres Wohnortes begraben zu werden. Eine immer größer werdende Gruppe von Menschen wünscht sich eine Naturbestattung, und für einige Personen ist es ein wichtiges Anliegen, dass das Begräbnis nach den Riten und Traditionen der eigenen Religion vorstattengehen kann.

Leipzig verfügt aktuell über neun städtische Friedhöfe, die dabei nicht nur als Trauer-, Begräbnis- und Erinnerungsstätten dienen, sondern auch als Orte der Ruhe, Erholung und Besinnung darüber hinaus genutzt werden. So kann beispielsweise auf dem Johannisfriedhof anhand einer Vielzahl von (künstlerisch beeindruckenden und historisch bedeutsamen) Grabanlagen Kunst- und Stadtgeschichte aus mehreren Jahrhunderten nachvollzogen werden, und der Südfriedhof ist durch seine parkähnliche Anlage auch ein beliebtes Ziel für sonntägliche Spaziergänge. Wer sich aktuell in Leipzig mit der Frage beschäftigt, wie ein stimmiges Begräbnis und ein guter Ruheplatz aussehen kann, hat bereits einige Optionen. So ist es neben den klassischen Formen der Urnen- und Erdbestattungen mittlerweile auch möglich, sich – analog zur Bestattungsform des

Friedwaldes – für eine Baumbestattung zu entscheiden. Auf dem Ostfriedhof kann Mensch sich unter einem Baum des alten Baumbestands bestatten lassen, auf dem Südfriedhof werden für diesen Zweck seit einiger Zeit auf einem gesonderten Areal Bäume gepflanzt, unter denen die Urnen bestattet werden und deren Kronen im Laufe der Zeit zusammenwachsen sollen.

Auf allen städtischen Friedhöfen ist eine christliche Bestattung möglich. Darüber hinaus bieten in Leipzig Israelitische Friedhöfe bereits seit etwa 200 Jahren die Möglichkeit einer Bestattung nach dem jüdischen Ritus. Auf dem Ostfriedhof gibt es zudem aktuell ein eigenes muslimisches Gräberfeld, wo muslimische Bestattungen stattfinden können. Hier muss jedoch angemerkt werden, dass aktuell vor Ort noch eine Totenbahre und ein Brunnen für die Waschungen fehlt, die für den muslimischen Ritus notwendig wären. Aktuell wird auch über einen buddhistischen Friedhof nachgedacht. Es ist für viele Menschen ein Herzensanliegen, eine Stätte zu schaffen, an der man das eigene Leben (in der Art und Weise, wie Mensch es sich wünscht) zur Ruhe legen kann und die es anderen ermöglicht, an Verstorbene zu erinnern und zu trauern.

Gerade deswegen ist es wichtig, dass in einer Stadtgemeinschaft, die vielfältig ist, auch die Formen der Bestattung dieser – unserer – Vielfalt entsprechen. Leipzig scheint sich hier aktuell auf einem guten Weg zu befinden. Das ist gut und begrüßenswert. Es ist darüber hinaus auch notwendig – zeigt sich doch darin, welche Vielfalt wir für Fragen, die die Zeit nach dem Leben betreffen, ermöglichen – auch wie wir zur Vielfalt im Leben stehen. ●



**Dr. Judith Künstler**  
Stadträtin,  
gesundheitspolitische Sprecherin,  
Jahrgang 1970,  
Hausärztin,  
1 Kind

Betriebsausschuss

Jugend und Soziales • Aufsichtsrat  
Städtische Bestattungswesen GmbH •  
Drogenbeirat



Südfriedhof

Foto: Fraktion

## Berichte aus dem Stadtrat

### Mehrere drängende Beschlüsse zu Schulen gefasst:

Im Schulentwicklungsplan ist der Standort **Karl-Heine-Straße 22b** für ein 5-zügiges Gymnasium vorgesehen. Für den neuen kommunalen Schulstandort ist eine umfassende Sanierung nötig. Ihr Beginn ist für 2018 geplant. Das Objekt liegt eingebettet zwischen Park- und Privatgelände und ist nur über eine Brücke über die Kleine Luppe erreichbar. Für die Baufahrzeuge ist der Brückenneubau zur Zufahrt notwendig. Die Maßnahme kostet 2,3 Mio. € und ist nicht förderfähig.

Zur **Schule am Opferweg** wurde der Bau einer in Zukunft 3-zügigen Grundschule beschlossen. Für die Neubauten für Schulbetrieb, Hort und Sporthalle sowie die Sanierung des schulhistorischen Standortes werden ca. 10 Mio. € aufgewendet. Es werden zeitgemäße, energetisch effiziente Gebäuden erbaut.

Zum Ende des Schuljahres 2015/16 zieht die **Käthe-Kollwitz-Schule** in das sanierte Schulhaus Karl-Vogel-Straße 17 – 19 um. Damit sind die Grundschule und die Oberschule an einem Schulstandort im Stadtbezirk Ost in gut erreichbarer Lage vereint. Sachsen hat landesweit fünf Sprachheilschulen, eine davon ist die Käthe-Kollwitz-Schule, die aufgrund der oberzentralen Funktion die Versorgung des Umlandes mit zu sichern hat. Insofern wird sie langfristig am neuen Standort verbleiben.

Zum Schuljahr 2019/20 wurde die Wiederinbetriebnahme der **Diderotstraße 36 als eigenständige Oberschule** beschlossen. Die vorhandenen Plätze für Ober-schülerinnen und Oberschüler im Stadtgebiet sind nicht ausreichend.

Mit dem Baubeschluss, die vorhandene Plattenbauschule (alte 3. Grundschule) von 1970 zu modernisieren, wird dem Problem fehlender Plätze begegnet. Im neuen Schulgebäude der **3. Grundschule** auf dem selben Gelände lernen derzeit 540 Kinder. Für drei bis vier zukünftige Klassen (weitere etwa 100 Kinder) pro Jahrgang müssen umgehend Kapazitäten bereitgestellt werden. Die Modernisierungen für ca. 6 Mio. € sollen zum Schuljahr 2018 abgeschlossen sein.

# Das TWGK oder warum wir Grünen ein Problem mit der wassertouristischen Nutzung haben

von Norman Volger

**D**as Tourismuswirtschaftliche Gesamtkonzept (TWGK) wurde vom Stadtrat mehrheitlich wider besseren Wissens beschlossen. Gründe, ihm nicht zuzustimmen, so wie wir es getan haben, gab es viele.

Das TGWK soll den Wassertourismus von Dessau bis in den Süden von Leipzig entwickeln, vermarkten und steuern. Dafür wurden verschiedene Leuchtturmprojekte entwickelt wie bspw. das Schiffshebewerk in Wüsteneutzsch am zu bauenden Elster-Saale-Kanal.

Aber beginnen wir von vorn. Ein Konzept dieser Größe wurde von den verschiedenen Verwaltungsvertretern und Bürgermeistern aus Leipzig und den Umlandkommunen ohne echte Bürgerbeteiligung erstellt; ohne, dass der Stadtrat etwas davon wusste; also ohne Mitwirkung außerhalb der Stadtverwaltungen. Alles, was sich die Stadt Leipzig zur Bürgerbeteiligung vorgenommen hat, wurde damit wieder einmal negiert. Aber dass wir Stadträte und -rätinnen diese Vorlage erst ein Jahr danach, Anfang 2016, zu Gesicht bekommen haben, nachdem sie zwischen den beteiligten Städten abschließend Anfang 2015 abgestimmt worden war, grenzt schon an eine Frechheit – und das, obwohl wir das Touristische Entwicklungskonzept, was sich mit allen Zweigen des Tourismus beschäftigt, letztes Jahr beschlossen haben und demnächst die Umsetzungsmaßnahmen diskutieren.

Dass der Stadtrat und die Bürger und Bürgerinnen hier herausgehalten werden sollten, zeigt sich auch daran, dass Änderungsmöglichkeiten nicht gewollt und auch gar

nicht möglich waren. Das war zwar perfide, aber auch ziemlich clever gemacht. Umgeht man doch so die inhaltliche Kritik an den eklatanten Fehlern des TWGK. Und um dem noch die Krone aufzusetzen, wurde laut dem TGWK schon mit dem Umsetzungsmanagement begonnen. Kann man sich als Stadtrat eigentlich noch mehr von der Verwaltung veralbern lassen?

Aber nun zur inhaltlichen Kritik: Die Zahlengrundlagen für die wirtschaftlichen und finanziellen Effekte sind wissenschaftlich nicht belegt. Da wird von renommierten Instituten mit Annahmen und Schätzungen zum Anteil des Wassertourismus am Gesamttourismus gearbeitet, damit sich die ganzen Ausgaben auch begründen lassen, dass es einem gruselt – die Institute geben das sogar zu. Nun werden Leipzigs Gewässer nicht schiffbar, wie wir seit kurzem wissen, wodurch die ökonomischen Effekte in der erhofften Größenordnung gar nicht eintreten können und Investitionen bspw. in der Marina am Lindenauer Hafen hinfällig sind und rausgeschmissenes Geld.

Aber das Schiffshebewerk in Wüsteneutzsch wird weiter wie eine Monstranz vor sich her getragen, obwohl es jeder ökonomischen Logik entbehrt, ins Niemandsland Hunderte Mio. € zu investieren. Und darauf würde es hinauslaufen.

Die naturschutzfachliche Betrachtung kommt im TWGK auch viel zu kurz. Etwas, wenn nicht gar vieles, was wassertouristisch in und um Leipzig vermarktet werden soll, betrifft Schutzgebiete für die Natur und ist deswegen nicht umsetzbar.



**Norman Volger**

Fraktionsvorsitzender, ordnungspolitischer Sprecher, Jahrgang 1978, Abschluss in Politikwissenschaft, Soziologie,

Kommunikations- und Medienwissenschaft, verheiratet, 2 Kinder

Ältestenrat • Vergabegremium VOL • FA Wirtschaft und Arbeit • FA Umwelt und Ordnung • Verwaltungsausschuss • Aufsichtsrat Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (KWL) • Bewertungsausschuss

Dabei wird den Investoren Planungssicherheit in und an den Leipziger Gewässern vorgegaukelt, die durch die Nichtschiffbarmachung sowieso schon obsolet ist und naturschutzfachliche Aspekte komplett ignoriert. Von Rechtssicherheit für Investorinnen kann da keine Rede sein.

Aber genau das soll das TWGK sein: eine Vermarktungsbroschüre für Investoren. Nur mit dem Makel, dass hier ein Produkt verkauft werden soll, das so gar nicht existiert und schon gar nicht die erhofften Gewinnversprechungen einlösen kann. In der freien Wirtschaft nennt man so etwas Betrug. Warum der Stadtrat darauf hereingefallen ist, kann ich nicht nachvollziehen. Aber das fragt man sich ja auch immer, wenn man Geschichten hört, wie Menschen um ihr Erspartes gebracht werden.

Abschließend: Meine Fraktion hat sich sehr schwer getan, der Charta Leipziger Neuseenland zuzustimmen. Wir haben es damals getan, da wir einer behutsamen, die Natur beachtenden Entwicklung nicht im Wege stehen wollten und sich Einzelprojekte klar am Naturschutz orientieren müssen. Jetzt haben wir eine Vermarktungsstrategie, die der Charta vollkommen widerspricht. Zukünftig kann sich die Verwaltung aussuchen, welchen Beschluss sie als Grundlage für das eigene, aber vom Stadtrat unkontrollierte Handeln heranzieht. ●



Paddeln im Karl-Heine-Kanal

Foto: Fraktion



# Mehr für weniger!

von Dieter Deissler (WVL)

**L**eipzig wächst – auf bis zu 720.000 Einwohner im Jahr 2032. Für diese vielen Neu-Leipziger und Neu-Leipzigerinnen wird zusätzlicher Wohnraum gebraucht. Da die Mieten für einige Wohnungsgrößen und in einzelnen Stadtteilen schon jetzt steigen, gilt es, nach Lösungen und neuen Wegen zu suchen, diese Steigerungen wenigstens abzumildern.



Neuer Wohnraum für die wachsende Stadt

Foto: Fraktion

Was sind aber die Ursachen dafür?

Da sind zunächst steigende Grundstückspreise, hohe Standards des Gesetzgebers (u.a. Brandschutz, Barrierefreiheit), steigende Energiekosten und steigende Löhne. Auch gesellschaftliche Aspekte beeinflus-

sen die Miete. Viele Menschen leisten sich mehr Wohnraum, und die Anzahl der in einer Wohnung lebenden Menschen nimmt ab – häufig werden Wohnungen nur noch von einer oder zwei Personen genutzt, dadurch ergibt sich mehr Flächenbedarf.

Es handelt sich also um eine Fülle unterschiedlichster Gründe, die die Miethöhe steuern, auf die aber nur bedingt Einfluss genommen werden kann. An welchen Stellschrauben kann also gedreht werden? Um dies zu hinterfragen, hat das Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung der Stadt Leipzig am 18. September 2015 im Rahmen des 9. Bundeskongresses Nationale Stadtentwicklungspolitik den Workshop „More for less – mehr Bauen mit weniger Geld“ veranstaltet.

Mit Branchenteilnehmern wurde bereits diskutiert, ob – insbesondere Wohngebäude, Schulen und Kitas – so gebaut werden können, dass sich mehr Bürger und Bürgerinnen Wohneigentum „leisten“ können und die Stadt Leipzig für das gleiche zur Verfügung stehende Geld mehr Schulen und mehr Kitas bauen kann.

Mittel- und langfristig wären erhebliche weitere Einsparungen zu erreichen, wenn nicht nur die Baukosten, sondern auch die



**Dieter Deissler**

Stadtrat (WVL),  
Jahrgang 1949,  
Bauingenieur

FA Allgemeine  
Verwaltung •  
Grundstücksver-  
kehrsausschuss •  
Aufsichtsrat

Leipziger Wohnungsbaugesellschaft  
mbH (LWB) • Aufsichtsrat der Beratungs-  
gesellschaft für Beteiligungsverwaltung  
Leipzig mbH (bbvl) • Aufsichtsrat  
Investregion Leipzig GmbH (IRL)

Folgekosten betrachtet würden. Insofern kann es durchaus sinnvoll sein, über ein Energiesparhaus nachzudenken. Die höhere Investition in der Bauphase und die höheren Anschaffungskosten werden schnell amortisiert durch deutlich geringere Heizungs- und Energiekosten. Häufig werden solche Häuser auch durch diverse Förderprogramme bezuschusst. Leider ist dieses langfristige Denken heute aber fast nicht mehr möglich.

Die Chance, günstiger zu bauen, also „mehr für weniger“ zu bekommen, ist realistisch – wenn es denn die Beteiligten wollen. ●

## Grundstück

Die Grundstückspreise werden grundsätzlich durch Angebot und Nachfrage geregelt. Einfluss nehmen könnte eine Kommune, indem sie Ackerland aufkauft und erst danach als Bauerwartungsland ausweist. Allein durch die öffentliche Absichtserklärung der Kommune steigen die Grundstückspreise in der Regel sprunghaft an. Diese Werterhöhungen werden bis dato von den Grundstückseigentümern abgeschöpft, ohne dass diese eine Leistung dafür erbringen müssen – allein dem Zufall geschuldet, dass sie gerade an diesem Standort Grundbesitz haben. Kostengünstiger als der Kauf des Grundstücks kann zudem eine sogenannte Erbpacht sein. Dabei erhält der Bauherr das Recht, sein Haus, üblicherweise für eine Laufzeit von 99 Jahren, auf dem Grundstück der jeweiligen Eigentümerin zu bauen.

**Einsparpotenzial:** möglich

## Gesetze und Vorschriften

Die vom Gesetzgeber geforderten Rahmenbedingungen sind weitestgehend notwendig, in einzelnen Bereichen aber zu starr geregelt.

**Einsparpotenzial:** wenig

## Angebot Wohnraum

Die Miethöhe wäre beeinflussbar, wenn ausreichend Wohnraum von der Kommune (LWB) und Privaten (Genossenschaften und gewerbliche Vermieter) angeboten würde.

**Einsparpotenzial:** wenig

## Baukosten

Bei der Regulierung der Baukosten werden die größten Chancen gesehen. Die Vorhaben werden wesentlich billiger, wenn der geplante Bautyp mehrfach und in Modulweise erfolgt, und zwar mit industriell gefertigten Bauteilen. Es wird eine Reduzierung der Rohbaukosten um

bis zu 70 % prognostiziert. Heute lassen sich unproblematisch sowohl das äußere Erscheinungsbild sehr individuell als auch die Raumaufteilung für unterschiedliche Nutzungen gestalten. Die unattraktive, uniforme Fassadengestaltung und die nur sehr begrenzt veränderbare Grundrissaufteilung sind überwunden. Auch neue Baustoffe sind noch in der Erprobung – hier werden ebenfalls größere Entlastungen erwartet, immer unter der Voraussetzung, dass die Verbraucherin und der Verbraucher diese auch annehmen. Beim Bauvorhaben selbst entstehen oft Verteuerungen, weil der Bauherr nach der abgeschlossenen Planung oder sogar während der Bauphase noch Änderungen verlangt oder mit neuen Forderungen aufwartet. Kosten für einen Keller und nicht dringend notwendige Ergänzungen wie z. B. Erker und Dachgauben können vielfach entfallen.

**Einsparpotenzial:** groß

# Affäre Felsenkeller – Stadtbezirksbeiräte und -rätinnen wehren sich gegen groben Unsinn

von Cordula Rosch als Stadtbezirksbeirätin in Südwest

**F**ür das Felsenkellergelände gibt es Planungen für den Bau eines REWE-Supermarktes. Die Stadtbezirksbeirätinnen und -räte (SBB) von Alt-West und Südwest haben dazu gemeinsam beraten und sehen erhebliche Ablehnungsgründe. Diese sind in eine Stellungnahme der SBB eingeflossen.

Erst im Mai 2016 hatte die Verwaltung einen Beschlussvorschlag zur Fördermittelvergabe für die Dachsanierung des historischen Felsenkellers i. H. v. 400 T€ vorgelegt, dem zugestimmt wurde. Die Botschaft war: Der Felsenkeller wird erhalten, die Stadt beteiligt sich an der Sicherung des Daches. Davon, dass der Felsenkellerinvestor im Garten zur Refinanzierung seiner Ausgaben einen Supermarkt bauen will, war keine Rede. Der SBB Alt-West sieht sich bewusst getäuscht.

Im Juni 2016 waren dann die alten Parkbäume im Felsenkellergelände weg, abgesägt – statt sattem, dunklen Blattgrün klafft eine große Leerstelle, ist viel Himmel und vermülltes Gelände zu sehen.

Und was dann im Weiteren auf Nachfragen an Überraschungen zutage trat, ist uns SBB von Alt- und Südwest zu viel geworden. In unserer ersten gemeinsamen Sitzung am 31. August berieten wir über die Pläne.

Die Zeit war reif für eine Stellungnahme. Wir lehnen darin die Planung ab und konfrontieren den OBM, die zuständigen Dezernate und die Fraktionen mit unserer Sicht auf ein hochproblematisches Projekt.

„Wir, die Mitglieder der SBB von Alt-West und Südwest lehnen diese Planungen, wie sie derzeit zwischen der Stadt Leipzig, dem Eigentümer des Felsenkellers und der REWE Group abgestimmt werden, ab. Wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, dass wir sehr viele Rückmeldungen von Anwohnenden bekommen, die unsere Haltung einer Ablehnung des Bauprojektes eines REWE-Supermarktes an der Zschocherschen Straße/Ecke Karl-Heine-Straße unterstützen.“

Der Felsenkeller ist ein markantes, stadtteilprägendes Gebäude, welches mit einem Supermarktneubau im angrenzenden Gelände eine deutliche Abwertung erfahren würde. Das historische Ensemble Felsen-

keller, Gewölbekeller sowie Stadtteilbibliothek würde durch den Zubau eines Supermarktgebäudes und vor allem durch Parkplätze und Zufahrten Schaden nehmen, der nicht wieder gut zu machenden ist. Wir haben Bedenken, ob an dieser Stelle ein Supermarkt gebraucht wird, und fragen nach der Marktanalyse, die den Bedarf für eine weitere Versorgungseinrichtung an dieser Stelle begründen würde. Stattdessen hat das Zentrenkonzept, welches festlegt, wo in der Stadt kleine, mittlere und große Versorgungszentren be- und entstehen dürfen, für den Felsenkeller einen Ergänzungsbedarf hinsichtlich „einer gastronomischen Nutzung kombiniert mit Freizeit und Kultur im Felsenkeller, Postfiliale“<sup>1</sup> definiert.

Sehr haarig würde auch die verkehrliche Organisation der ein- und ausfahrenden Fahrzeuge und Lieferfahrzeuge werden, da die anliegende Kreuzung schon jetzt konfliktträchtig ist. Die neuen Zu- und Ausfahrten würden eine unberechenbare, neue Gefahr für Schulkinder (die Straßen sind Teil des sicheren, empfohlenen Schulweges zu den Grundschulen in der Erich-Zeigner-Allee), für Kita-Kinder (Outlaw-Kindergarten unmittelbar angrenzend) sowie für ÖPNV-Nutzer und -Nutzerinnen (Tram Linie 3 direkt anliegend). Aber auch, wer mit dem Pkw unterwegs ist, würde sich wundern, denn hier wird ein Verkehrskollaps geplant. Und zu alledem wird unwiederbringlich ein Garten zerstört.

Wir SBB von Alt- und Südwest zweifeln die Begründung der Baumfällungen an und fordern, statt den Boden zu versiegeln, dass mindestens die gleiche Zahl von standorttypischen Parkbäumen im gesamten Gelände des Felsenkellers neugepflanzt wird.



Abgeholztes Grundstück am Felsenkeller

Die Stellungnahme ist übergeben worden und wir hoffen auf ein Innehalten und die Prüfung der Planungen aufgrund unserer Bedenken. Gegebenenfalls muss auch Zeit sein zu prüfen, wie die Finanzierung des Felsenkellers anderweitig abzusichern ist. Eine Mitsprache der Anwohnenden muss bei einem derartig sensiblen, unwiederbringlichen Objekt und seiner Objekteinbindung von der Verwaltung angehört werden. Unsere Fraktion hat reagiert und deswegen die Aufstellung eines B-Plans beantragt, der ein geordnetes Verfahren mit eingehender Prüfung aller Fragen garantieren würde.

Der Biergarten am Felsenkeller müsste wohl ständig Freibier ausschenken, damit bei der angrenzenden Zufahrt jemand sitzen bleiben würde. ●



**Cordula Rosch**

Referentin der Fraktion, Jahrgang 1968, verheiratet, 3 Kinder

Beirat Schulbibliotheken • Stadtbezirksbeirat

Südwest • Steuerungsgruppe FairTradeTown

## Berichte aus dem Stadtrat

### Umsetzung von verkehrlichen Maßnahmen am Lindener Markt

Am Lindener Markt sind viele Menschen mit dem Fahrrad und zu Fuß unterwegs. Die Frischmärkte, die Umstiegssituation der Straßenbahn- und Buslinien, Kaufland, Bäckereien, Drogerie etc. Die Stadträtinnen und Stadträte des Wahlkreises haben gemeinsam die Maßnahmen des Integrierten Verkehrskonzeptes beantragt. Der mitgeforderte Bürgerworkshop hat inzwischen schon stattgefunden und die Erkenntnis gebracht, dass es eine Sperrung des Marktes auf der Nordseite braucht. Zudem soll der Platz als solcher aufgewertet werden.



# Der Ratsspieß – Humorvolles aus der Ratsversammlung „aufgespießt“!

**Fraktionschefin Katharina Krefft** zur anhalten Kampagne gegen **Baubürgermeisterin Dubrau** und der Verantwortung des Stadtrates für seine Entscheidungen: „Wer mit dem Zeigefinger auf **Frau Dubrau** zeigt, zeigt mit drei Fingern auf sich selbst!“

**FDP-Stadtrat Hobusch** tritt nach einer elektrisierenden Diskussion über eine von der **CDU** hochgebauchte Legionellengefahr in Leipziger Schulen für ein überflüssiges Schlusswort ans Mikrofon. Es knallt, er zuckt erschrocken zurück und meint: „Da war Strom drauf!“

**Nicole Lakowa** zur **CDU** und ihrer Falschmeldungskampagne zu den vermeintlich verschwindenden Fahrgastunterständen der LVB: „Sie, als selbsternannte Retter im Regencap ...“

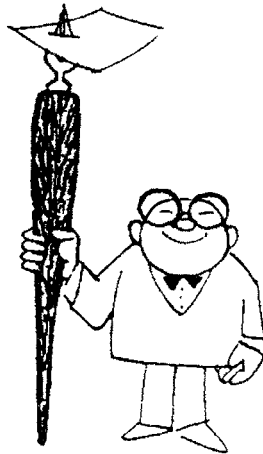
Die **CDU**, die in der Regel eher penibel auf die Einhaltung von Gesetzen pocht, wenn es ihr in den Kram passt, nimmt es dann eben umgekehrt auch mal nicht so genau, wie z. B. bei der Seniorenwohnanlage Amalie, was **Stadträtin Wohlfarth (SPD)** veranlasste zu sagen: „Es tut mir leid das sagen zu müssen: Wir kommen um die Einhaltung des Rechtes nicht herum!“

**Der OBM**, sichtlich von der nicht enden wollenden Rednerliste genervt: „Ich hoffe, ich habe dann alle Fraktionen durch!“ Reaktion **Michael Schmidt**: „Aber noch nicht jeden Stadtrat!“

Die ein breites Erstaunen auslösende Information von **Bürgermeister Rosenthal**, dass die vom Jobcenter geförderten Stellen beim Stadtordnungsdienst nur ab 10 ° C arbeiten dürfen, veranlasste **Stadtrat Maciejewski (CDU)** zu der Nachfrage: „Haben Sie keine warme Kleidung?“

**Linken-Fraktionsvorsitzender Pellmann** begründete den Wunsch seiner Fraktion zu einer 5-minütigen Auszeit mit: „Damit alle mal eine rauchen können ...“

Treffende Selbsterkenntnis bei **CDU-Stadtrat Weickert**: „Bei spießbürgerlich – da weiß ich, wovon ich rede! Das wird mir hier keiner absprechen!“



**Naomi-Pia Witte (Die Linke)** mit einem Vorschlag zur Erweiterung der Geisteswissenschaften: „Und wie sagte der große Philosoph Mick Jagger ...“

**Daniel von der Heide**: „Wir müssen keinen Stadtratsbeschluss fassen, um uns vor Stadtratsbeschlüssen zu schützen!“

**Der OBM** zur am Mikrofon stehen **Piraten-Stadträtin Gabelmann** „Piraten-Lilli“: „Bitte nicht hineinspucken – dann knallt's auch nicht!“

**SPD-Stadtrat Schulze** mit vorbildlicher Zeitökonomie: „Ich spreche jetzt für vier Stadträte – ich bleibe trotzdem unter drei Minuten!“

## Berichte aus dem Stadtrat

### Genehmigungen für Bootsverleihbetrieben

Jedes Jahr gewinnt der Freizeit-Bootsverkehr mehr Freunde in Leipzig. Zuerst waren es wenige Anbieter, jetzt kann man unter verschiedenen Verleihern wählen. Hinzu kommen noch die an den Seen außerhalb Leipzigs Gelegenen. Wir wollten in unserer Anfrage wissen, wie viele Boote, muskelbetrieben oder mit Motorkraft, die Gewässer, insbesondere die sensiblen Bereiche im Naturschutzgebiet, vertragen? Und wir kritisieren, dass die Leipziger Bootsverleihe keinen Antrag auf Genehmigung stellen müssen. 21 Leipziger Bootsverleihe gibt es. Alle wurden von der Verwaltung angeschrieben und auf ihre Antragspflicht zur Nutzung der Gewässer hingewiesen. Aktuell haben drei Bootsverleihe Anträge bei der Stadt gestellt.

Im vergangenen Jahr gab es acht Anträge von und Genehmigungen für Bootsverleiher mit motorbetriebenen Booten.



## Ratsreporter Rudi deckt auf:

### „Aufsteiger gesucht“ – Alarm im Rathaus!

Eine Meldung des Personalamtes erschüttert derzeit die Mitarbeiterschaft im Rathaus. So informiert das Personalamt intern darüber, dass sie derzeit „Aufsteiger“ suchen.

Aha, sagt sich der gebeutelte Verwaltungsmensch, der jetzt schon Jahr(-zehnt) für Jahr(-zehnt) auf einen beruflichen Aufstieg/eine Beförderung/eine Höhergruppierung wartet: Jetzt endlich bin ich auch mal dran.

Und geht flugs daran, an herausragender Stelle in das Weiterbildungsprogramm der Stadtverwaltung aufgenommen zu werden, möglichst in das Führungskräfteentwicklungsprogramm. Dieses Weiterbildungsprogramm ist zwar ganz schön für die eigene persönliche Schulung, bewirkt aber ansonsten gar nichts.

Weil: Es fehlt nach wie vor eine zielgerichtete Weiterbildung mit der Ausrichtung auf eine bestimmte Stellen-(Nach-)Besetzung.

Dort läuft dann wie immer das übliche Auswahlverfahren, was dann wie immer eher zufällig zu einem bestimmten Besetzungsergebnis führt. Wer sich halt gerade mal so bewirbt ...

Besagter Verwaltungsmensch stürmt also mit Enthusiasmus und zahlreichen Bewerbungs- und Personalunterlagen Richtung Personalamt.

Doch was ist das? Spätestens im Fahrstuhl kommt die Erhellung. Auf großen Aufklebern prangt dort an der Wand: „Aufsteiger gesucht! Benutzen Sie die Treppe!“

## Berichte aus dem Stadtrat

### Weiterer Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Leipzig

Unsere Fraktion fragt erneut nach der aktuellen Situation und zukünftigen Entwicklung der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Leipzig.

Besonders kritisch war in der Vergangenheit, dass die Zuverlässigkeit der Technik an den Ladesäulen zu wünschen übrig ließ, aber auch die fehlende Breite des Angebotes an Schnellladesäulen. Mittlerweile wurden ja auf Initiative unserer Fraktion

die Ladeplätze mit Bodenmarkierungen versehen, um Falschparker abzuhalten, diese Flächen zu blockieren. Nachdem nun bis Ende August auch die Beschilderung von fünf (!) auf drei Schilder reduziert und so deutlich vereinfacht wurde, besteht endlich eine Grundlage, um entsprechende Parkverstöße von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor auf Elektroauto-Ladeplätzen zu ahnden.

Bürgermeisterin Dubrau antwortete zudem, dass der Ausbau von Ladestatio-

nen weiter vorangetrieben wird und die Hard- und Softwarestörungen mittlerweile behoben seien. In der Zwischenzeit wurden weitere Ladestationen im Stadtgebiet eingerichtet. Herausragendes Beispiel ist das Innovationsprojekt „Laternenparken“ in der Mozartstraße, wo an vier LED-Laternen gleichzeitig eine Ladeinfrastruktur gekoppelt wurde.

Das Forschungsprojekt wurde von der HTWK und der Leipziger Gruppe umgesetzt.

## Elektromobilität – Mobilität mit grünem Potenzial – ein Erfahrungsbericht

Im Rahmen der Europäischen Woche der Mobilität organisierte unsere Fraktion eine Rundfahrt zum Thema Elektromobilität. Diese erfährt derzeit einen rasanten Schub, bereits innerhalb der nächsten drei Jahre wird sich der Automarkt vermutlich extrem verändern, die Reichweiten der eAutos werden durch neue Akkuentwicklungen stark ansteigen und so eine echte Alternative zu den umweltschädlichen Verbrennern bieten. Gerade weil auch in den vergangenen Jahren der Ausbau der erneuerbaren Energien vorangeht, ist die Ökobilanz der eAutos bereits heute deutlich besser als die der Verbrenner. Wenn gleich Elektroautos somit zwar keine Alternative für den Platz- und Infrastrukturverbrauch in den Städten darstellen, sind sie zumindest eine umweltfreundliche Alternative zu herkömmlichen Diesel und Benzinern und können so die Feinstaub- und Stickoxidbelastung in den Städten eindämmen. Und mit dem weiteren gewünschten Ausbau des Ökostromanteils werden die Emissionen auch am Ort der Stromerzeugung reduziert bzw. perspektivisch vermieden.

Bei der Rundfahrt trafen wir mit verschiedenen Gesprächspartnern zusammen und

konnten uns über interessante Projekte austauschen. So fanden Gespräche zum von der LVB im Rahmen eines Forschungsprojektes genutzten vollelektrischen Bus des Fraunhofer-Institutes statt, wir besichtigten eine Mobilitätsstation der LVB und sprachen mit dem Geschäftsführer Ulf Middelberg über die App „Leipzig mobil“ und die intermodalen Pläne der LVB als Mobilitätsdienstleister der Stadt. Wir besichtigten die LED-Laternen und Ladeplätze im Musikviertel sowie eine solidarisch ausgerichtete private Ladestation in der Grünauer Siedlung, welche mit

Natur- bzw. hauseigenem Solarstrom betrieben wird. Zudem bot Strominator als erste und bislang einzige Autovermietung für Elektroautos in Leipzig Probefahrten an und das Amt für Wirtschaftsförderung informierte in diesem Zusammenhang über öffentliche Fördermöglichkeiten für Gewerbetreibende bei der Mietung von Elektroautos, -transportern und zukünftig auch elektrischen Lastenrädern.

Ein ausführlicher Tourbericht zu den einzelnen Stationen findet sich auf unserer Website.



Laternen-Ladestation, Mozartstraße

Foto: Fraktion

## Berichte aus dem Stadtrat

### Solarbetriebene Müllpressen – saubere, effektive und emissionsreduzierende Abfallbehälter

Wir haben per Stadtratsbeschluss erreicht, dass die schon andernorts erfolgreich erprobten Müllpressen zukünftig auch in

Leipzig Einzug halten werden. Die Müllpressen arbeiten mit Sonnenenergie und können ein Vielfaches des Restmülls im Vergleich zu normalen Abfallbehältern aufnehmen. Die Stadtverwaltung will die Erprobung nach der Erarbeitung des

Papierkorbkonzept umsetzen. Man will zunächst die Auswertung der anderen Städte abwarten und danach entscheiden, ob der durch die Müllpressen zunächst entstehende Kostenaufwand gerechtfertigt wäre.



## Abfallvermeidung, Abfallverwertung – ein Erfahrungsbericht

Im Sommer organisierte unsere Fraktion dazu eine Radtour mit interessanten Stationen und Gesprächspartnern.

611 Kilogramm Müll pro Kopf wurden 2012 entsorgt, die Tendenz ist weiter steigend – alles ist einmal oder mehrfach verpackt. Im Sinne der Nachhaltigkeit ist Müll der nicht entsteht und nicht recycelt werden braucht wertvoll.

Wir wollten Initiativen und Geschäfte besuchen die der Wegwerfgesellschaft Alternativen anbieten. Es ist uns sehr wichtig gewesen aufzuzeigen, warum das Recycling von Müll wichtig ist und wie aus Abfällen neue Produkte werden können. Ebenso wie die überbordenden Verpackungen vermeid- oder reduzierbar sind. Die erste Station beantwortete diese Frage gleich überzeugend.

In der Könnertstraße 88 gibt es seit Januar 2016 einen von zwei Echt unverpackt-Läden – hier den von Stefan Heller. Es gibt eine beeindruckende Vielfalt von trockenen Lebensmitteln, alles ist sehr sauber und BIO. Für nasse oder verarbeitete Lebensmittel ist dieses Angebot bisher hygienisch nicht denkbar. Wer hier einkauft, bringt seine eigene Verpackung mit oder kauft Glasbehältnisse. Die Preise sind vergleichbar oder niedriger als im Bioladen. Das Angebot spricht viele ältere Menschen an, da man sehr kleine Mengen einkaufen kann.

Weiter ging es zu KrimsKrams des KunZstoffe e. V. in der Georg-Schwarz-Straße. Dort werden verwertbare Materialien entgegengenommen, die üblicherweise als Abfall weggeworfen werden. Hier stehen im Ladengeschäft Regale, in denen die verfügbaren Sachen sortiert vorgehalten und gegen Spende abgegeben werden. Der Verein bietet auch Kurse besonders für Kinder an, die den bewussten Umgang mit Materialien und Ressourcen vermitteln. Unsere beiden Gastgeberinnen hatten dann eine besondere Überraschung für uns vorbereitet: Sie bastelten mit uns Portemonnaies aus leeren Tetrapacks.

Zuletzt fuhren wir zum Café Kaputt, dem mit dem Agenda-Preis ausgezeichneten Reparatur- und Bildungsprojekt zur

Rettung von technischen Geräten, in der Merseburger Straße. Lisa Kuhley begann nach ihrem Kulturwissenschaftsstudium ein verfallenes Objekt dafür auszubauen. Mehrmals wöchentlich finden Reparatur-Sprechstunden für Textilien, Elektro- und Elektronikgeräte statt. Das Prinzip ist das eigenständige Reparieren von Dingen unter Anleitung durch hauptsächlich ehrenamtliche Fachleute. Auch hier gibt es für Schulen Kurse – alles bisher ohne Unterstützung durch Fördermittel. Ihre Geldgeber sind z. B. kirchliche Stiftungen und entwicklungspolitische Organisationen.

Wir haben sehr gute, inspirierende Kontakte aufgenommen und wollen versuchen alle Projekte weiter im Blick zu behalten und ihre Arbeit zu unterstützen.



Bastelei im KrimsKrams des KunZstoffe e. V

## Berichte aus dem Stadtrat

### Auswertung der Bewerbung um den Titel „Hauptstadt des fairen Handels“

Die Informationsvorlage über die Umsetzung des Beschlusses zur Bewerbung und die Ergebnisse um den Titel „Hauptstadt des fairen Handels“ stellt unser Verbraucherverhalten und Fluchtursachen in einen direkten Zusammenhang mit den

Produktionsbedingungen in Europa und Niedriglohnländern.

In Erkenntnis dessen und aus Mitverantwortung heraus bemühte sich die Steuerungsgruppe FairTradeTown mit 69 eingereichten Projekten um den Titel. Obwohl es ständige Fortschritte gibt, ist immer noch sehr viel Engagement nötig, um die

Grundsätze gerechten Handels und Handelns in Leipzig zu verankern. Im Bericht bemängeln wir das Fehlen von Informationen darüber, wie sich die Veränderungen der Vergabeordnung nach sozialen/fairen Kriterien auswirken. Hier fehlen dementsprechend auch weitere Zielstellungen oder Handlungsfelder.

### Wer sind wir Leipziger?

#### Werbekampagne der LVV in der Kritik!

Ende 2015 wurde die Kampagne der neuen Leipziger Gruppe offeriert: ein sonniges „L“. Der Kampagnenauftritt mit dem Heft „Mut und Übermut“ hat bei vielen Menschen Unmut hervorgerufen: Leipzig wird gezeigt, wie es in den Augen der Macher ist:

männlich, weiß und erfolgreich etabliert. Diese Kampagne entspricht weder der Realität unserer Stadt noch den kommunalpolitischen Zielen. Denn Leipzig lebt von der Vielfalt. Dafür haben wir die „Charta der Vielfalt“ und die „Charta zur Gleichstellung von Frau und Mann“ unterschrieben. OBM Jung bezeichnet den Schritt, also das

sichtbare Zusammengehören der Betriebe als Leipziger Gruppe unter der Marke „L“, als logisch. Das Erscheinungsbild des Außenauftritts sieht er als „Geschmacksache“. Die Zielgruppe seien alle Leipziger und Leipzigerinnen. Aber er gab auch zu, dass es Entwicklungsmöglichkeiten bezüglich der „Charta der Vielfalt“ gibt.

**Postanschrift:**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Stadtrat Leipzig  
04092 Leipzig

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,  
Auch in diesem Jahr sind wir bestrebt, dreimal jährlich, in einer Auflagenhöhe von mindestens 1.600 Exemplaren, unseren „Ratschlag“ kostenlos herauszugeben. Auf einen Zuschuss zu den jährlichen Versandkosten sind wir, wie bereits in den Vorjahren, angewiesen und bitten Sie/Dich um Unterstützung in Form eines kleinen Unkostenbeitrags (Keine Spende, demnach keine Spendenquittung!) auf folgendes Konto:

**Sparkasse Leipzig IBAN: DE64 8605 5592 1194 9006 38**

Für Ihr/Dein Interesse und Ihre/Deine Unterstützung bedanken wir uns im Voraus und wünsche Ihnen/Dir auch weiterhin eine spannende Lektüre.

## Berichte aus dem Stadtrat

### Quo Vadis Kino der Jugend?

Öffentlich geäußerte Befürchtungen gaben Anlass zur Initiative: So befürchtete man, dass die dringende Notsicherung des Daches ausbleibt und im Weiteren der Verkauf der Liegenschaft seitens des Liegenschaftsamtes angestrebt werde, Abriss nicht ausgeschlossen. Auf Antrag unserer Fraktion hätte jedoch durch die Stadt eine Notsicherung schon im Winter 2015/16 vorgenommen werden sollen. Wir fragten nach, um damit auch das festgefahrene

Verfahren wieder zum Laufen zu bringen. Die Verwaltung führte aus, dass noch im September erste Sicherungsmaßnahmen zur Zugänglichkeit erfolgen werden. Im IV. Quartal sollen demnach Dach und Kellerdecke gesichert und ein Notdach aus wetterfester Folie aufgebracht werden. Die Verwaltung plant dann einen Verkauf bzw. ggf. Erbbaurecht nach Konzeptvergabe. Wir drängten nochmal darauf, dass dabei der Stadtrat rechtzeitig und umfassend einzubeziehen ist.

### Maßnahmen zur Verbesserung der Schulwegsicherheit durch Tempo 30 vor Schulen, Kitas und Horten

Bereits 2014 beschloss der Stadtrat auf Initiative von Grünen und SPD, vor Kitas und Schulen Tempo 30 einzuführen. Erst konnte die Stelle in der Verwaltung, die für die vielen Einzelfallprüfungen vorgesehen war, nicht besetzt werden, dann kam nun der Bund auf die Idee, die Voraussetzungen für die Einführung solcher verkehrsberuhigter Abschnitte auch auf Hauptverkehrsstraßen zu vereinfachen. So soll nach Planung des Bundesministeriums für Verkehr Tempo 30 vor sozialen Ein-

richtungen die Regel werden, das derzeitige Prinzip demnach umgekehrt werden. Insofern liegt uns heute ein Bericht vor, der zeigt, dass an einigen Stellen bereits eine Beruhigung mittels Ampel, Fußgängerüberwegen, Querungshilfen oder eben der Anordnung von Tempo 30 umgesetzt wurde, an zahlreichen anderen Stellen dies in Planung ist. Nun wolle man die Novellierung der StVO abwarten und hält dies kurzfristig für möglich. Unsere Fraktion hofft, dass auch an den zahlreichen anderen neuralgischen Punkten zeitnah eine Beruhigung zur Sicherheit der Kinder und Jugendlichen umgesetzt wird.

## Den Ratschlag kostenlos abonnieren

Wir wollen Papier sparen. Deswegen werben wir für die digitale Version des Ratschlags. Der aktuelle Ratschlag und ältere Ausgaben stehen auf [www.gruene-fraktion-leipzig.de](http://www.gruene-fraktion-leipzig.de) bereit. Schreiben Sie

uns Ihre E-Mail-Adresse und wir benachrichtigen Sie immer bei einer Neuauflage. All denjenigen, die Wert auf ein gedruckten Exemplar legen, senden wir gerne die Papierversion zu.

## Berichte aus dem Stadtrat

### Erlebnispfade zum Waldumbau im Auwald kommen

Der Auwald erlebt seit Jahren einen intensiven Umbau mit sichtbaren Arbeiten und Folgen. Oftmals sind diese Entwicklungsetappen vor Ort nicht direkt nachvollziehbar und bringen etliche Fragen hervor. Die Stadt Leipzig als Eigentümerin der Waldflächen steht hier in der Verantwortung ihre Bürger und Bürgerinnen so weit es geht zum Projekt Waldumbau zu informieren und für ihr Handeln zu werben. Wo geht das am Besten, wenn nicht direkt vor Ort? So wie man es aus anderen Waldgebieten mit besonderem Charakter kennt, sollen auch in Leipzig Schautafeln zu Wissenswerten aufgestellt werden. Die Verwaltung hat diese Initiative unterstützt.

### Impressum

#### Herausgeber:

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Stadtrat Leipzig  
Neues Rathaus/ Zimmer 103  
Tel.: 123-2179 / Fax: 123-2175  
E-Mail: [GueneFraktion@leipzig.de](mailto:GueneFraktion@leipzig.de)  
[www.gruene-fraktion-leipzig.de](http://www.gruene-fraktion-leipzig.de)

**Redaktion:** Ingo Sasama (V.i.S.d.P),  
Michael Schmidt, Cordula Rosch,  
Alrun Tauché

**Alle Portraits:** Martin Jehnichen

**Auflage:** 1.600 Exemplare

**Gestaltung:** Ungestalt GbR, Leipzig,  
[www.ungestalt.de](http://www.ungestalt.de)

**Produktion:** Stadt Leipzig